

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 Beträgt für die sechsstelligen Kolonien-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neust-Strasse 2.

Mittwoch, den 12. Januar 1898.

Expedition: SW. 19, Neust-Strasse 3.

Der preussische Landtag

wurde heute Mittag eröffnet. Der Kaiser erschien nicht, der Thronredner blieb verhält. Fürst zu Hohenlohe verlas die Thronrede, welche folgenden Wortlaut hat:

„Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!“

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich beauftragt, den Landtag der Monarchie in allerhöchstem Namen zu eröffnen. Die Finanzlage des Staates hat sich seit der letzten Tagung, namentlich infolge der anhaltenden Steigerung der Erträge, namentlich aus den meisten Staatsbetrieben, fortgesetzt günstig gestaltet. Das am 1. April v. J. abgeschlossene Rechnungsjahr hat einen höheren Ueberschuss als das Vorjahr ergeben. Ebenso kann für das laufende Rechnungsjahr ein erheblicher Ueberschuss, wenn auch nach den bisherigen Schätzungen nicht in gleicher Höhe, erwartet werden. Der Staatshaushalt-Etat für 1898/99 hält in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht. Die gesteigerten Einnahmen haben es gestattet, für fast alle Zweige der Staatsverwaltung Mehraufwendungen in größerem Umfang in Aussicht zu nehmen. Bei reichlicher Bemessung der Mittel zur Deckung dauernder Ausgaben haben insbesondere die einmaligen und außerordentlichen öffentlichen Bedürfnisse eine weitgehende Berücksichtigung finden können.

Der Ihnen alsbald zugehende Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Staatshaushalt wird die gesetzliche Feststellung von Grundföhen für die Veranschlagung, Führung und Kontrolle des Staatshaushalts vorschlagen. Der Entwurf hebt überaus auf dem Boden des verfassungsmäßigen Rechtszustandes; er beachtet im wesentlichen, Grundföhe zusammenzufassen und auszugestalten, die schon seit der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates theils in Anschlag an Verwaltungsvorschriften, theils in tatsächlicher Übung besteht, in einzelnen Fragen auch bereits mit dem Landtage vereinbart worden sind. Die gesetzliche Festlegung dieser Grundföhe wird dazu dienen, die Sicherheit und Gleichmäßigkeit ihrer Handhabung zu gewährleisten und mehrfach hervorgetretene Zweifel und Schwierigkeiten zu beseitigen.

Nach den bisherigen Erfahrungen stehen die durch die Stellung der Amtskantionen dem Staate erwachsenden Vortheile nicht im richtigen Verhältnis zu den Kosten und Weiterungen ihrer Verwaltung und den wirtschaftlichen Lasten, die dadurch den Beamten auferlegt werden. Es soll daher die behufs Sicherung der Ansprüche des Staates bestehende Verpflichtung der Beamten zur Stellung von Kauttionen im Wege des Gesetzes allgemein aufgehoben und damit eine erhebliche Erleichterung der betreffenden Beamtenklassen herbeigeführt werden.

Ihre verfassungsmäßige Mitwirkung wird zu einer Neuordnung und Verbesserung des Dienstverhältnisses der Beamten führen, welche nicht ohne Bereitstellung weiterer staatlicher Mittel zu erreichen ist.

Die Stellung der Privatdozenten an den Universitäten entbehrt zur Zeit der gleichmäßigen und zum Theil überhaupt einer ausreichenden rechtlichen Grundlage, so daß eine gesetzliche Regelung dieser Verhältnisse angezeigt erscheint.

Wegen Erweiterung des Staatsreisendehaushalts, Förderung der Kleinbahnen und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ständiger Arbeiter und unterer Beamten wird Ihnen auch in dieser Tagung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Die erfreuliche, insbesondere seit Errichtung der Zentral-Genossenschaftskasse in raschem Fortschreiten befindliche Entwicklung des Genossenschaftswesens macht eine nochmalige Erhöhung des Grundkapitals der Kasse erforderlich. Diese soll hierdurch in den Stand gesetzt werden, noch mehr als bisher den Ansprüchen der sich ununterbrochen vermehrenden wirtschaftlichen Organisationen der Mittelklassen in Stadt und Land zu genügen.

Zur Fortführung des Ansiedelungswerkes in den Provinzen Posen und Westpreußen wird eine Erhöhung der durch Gesetz vom 26. April 1886 bewilligten Mittel beabsichtigt. Ein darauf bezügelicher Gesetzentwurf wird Ihnen unverweilt zugehen.

In großen Theilen der Provinz Westfalen und einiger angrenzender rheinischer Kreise entspricht die Einsiedlung eines unmittelbaren gesetzlichen Annerbenrechts den Rechtsanschauungen, Erbwohnheiten und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung. Es ist deshalb eine Ausdehnung des gesetzlichen Annerbenrechts auf diesem Gebiete in Aussicht genommen.

Die durch Hochwasser in verschiedenen Theilen des Landes lebhafte herbeigeführten belagenden Verheerungen haben das landeswätereiche Herz seiner Majestät des Kaisers und Königs tief bewegt. Die Staatsregierung hat die zur Linderung der ersten Noth und behufs Ausführung der unausschiebbaren Herstellungsarbeiten notwendigen Maßnahmen ungesäumt getroffen und die sofort erforderlichen Mittel, in Vorauszahlung der verfassungsmäßigen Zustimmung des Landtages, flüssig gemacht. Nachdem es hierdurch und mit Hilfe der aus allen Theilen Deutschlands eingegangenen, überaus dankenswerthen reichen Spenden gelungen ist, dem dringendsten Bedürfnis vorläufig abzuhelfen, bedarf es nunmehr noch der Bereitstellung weiterer öffentlicher Mittel zur Befreiung der Verheerungen und ihrer Folgen. Ein bezügelicher Gesetzentwurf wird Ihnen unterbreitet werden. Zur dauernden Sicherung der betreffenden Landesheile gegen Ueberschwemmungsgefahren sind Erörterungen eingeleitet, welche die Regulirung der in betracht kommenden Flußläufe, deren planmäßige Unterhaltung, sowie sonstige, eine geregelte Wasserabführung erleichternde Einrichtungen bezwecken.

Meine Herren! Wichtige Aufgaben harren der Lösung. Die Regierung Sr. Majestät rechnet dabei auf Ihre verständnisvolle, patriotische Unterstützung. Möge die gemeinsame Arbeit auch in dieser letzten Tagung Ergebnisse zeitigen, die dem Vaterlande zu dauerndem Segen gereichen!

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Von der Thronrede hat diesmal niemand etwas Besonderes erwartet. Man kann also, trotz des dürftigen, geschäftsmäßigen Inhaltes nicht einmal von einer Enttäuschung sprechen oder doch höchstens auf Seite jener, die bis in die letzten Tage

hinein noch an der Hoffnung eines neuen Vereinsgesetz-Feldzuges festhielten. Vielleicht sind sie aber nach ruhiger Ueberlegung gerade am allerbesten, daß die Regierung nicht auf dieses Eis zum Tanze gegangen ist.

Selbst die Erwähnung der günstigen Finanzlage des Staates klingt in dem angeschlagenen trockenen Tone gedämpft und fast kleinlaut. Der neu zu bewilligende Etat 1898/99 habe in den dauernden wie in den einmaligen Ausgaben „für fast alle Zweige der Staatsverwaltung Mehraufwendungen in größerem Umfang“ in Aussicht genommen, trotzdem werde er in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht halten. Ueber die Zwecke der neuen Aufwendungen erfahren wir leider wenig und von den Kulturaufgaben im engeren Sinne des Wortes, also vom Bildungswesen, der Arbeiterförderung, ist, mit der unten erwähnten Ausnahme, überhaupt nicht die Rede. Für die Geistlichen allerdings sollen bei Gelegenheit der Dienstverhältnisse - Verbesserung größere Staatszuschüsse festgelegt werden. Die Leistungsfähigkeit der Staatsbahnen für Industrie und Landwirtschaft, die der Kleinbahnen hauptsächlich für die Landwirtschaft allein soll erhöht, die Zentral-Genossenschaftskasse für die Mittelklassen in Stadt und Land mit einer neuen staatlichen Kapitalvermehrung bedacht werden. Für die Beamten ist die jetzt zugesicherte Aufhebung der Kautionsstellung schon in der vorigen Session angekündigt worden. Die Arbeiter finden sich bei den staatlichen Betrieben nur insoweit erwähnt, als man in dem seit ein paar Jahren gepflegten Wohnungsbau fortschreiten verspricht.

Auch die geforderte Erhöhung des Ansiedelungskredits für die polnischen Landesheile überrascht nicht, eine bestimmte Summe wird nicht genannt, ebensowenig bei den beanspruchten Mitteln zum besten der Ueberschwemmten und zur Vorbeugung gegen künftige Wassergefahren. Daß die Regierung hier im vorigen Sommer „die notwendigen Maßnahmen ungesäumt getroffen“ habe, steht zwar in der Thronrede, aber durchaus nicht außer jedem Zweifel, der wohl selbst in diesem miquelkommen Landtag laut werden wird. Das Attentat auf die Freiheit der Universitäten wird mit dem Bedürfnisse nach einer „gleichmäßigen und ausreichenden rechtlichen Grundlage dieser Verhältnisse“ begründet!

Wir haben in unserem Beitrag am Sonntag all' diese Forderungen besprochen, so daß wir heute auf weitere Ausführungen verzichten können. Wie weit man mit dem „unmittelbaren gesetzlichen“ Annerbenrecht für Westfalen über die alten Höfrollen mit ihrer freiwilligen Eintragung hinausgehen gedenkt, werden wir bald sehen und dann des näheren würdigen.

Hinzuzufügen hätten wir sonst nur noch, daß das jahrelang versprochene Komptabilitätsgesetz oder, wie es jetzt heißt: das Gesetz betreffend den Staatshaushalt, nunmehr im Entwurfsstadium dem Abgeordnetenhaus zugehen wird. Nach 50 Jahren verfassungsmäßigen Lebens wäre man also so weit, die durch die tatsächliche Entwicklung herausgebildeten Regeln konstitutioneller Haushaltsführung gesetzlich festzulegen und gegen Willkürlichkeiten allzu schlimmster Art zu schützen!

So wird dieser Landtag ohne allzu viel Anfeuerung das Zeitliche segnen. Erst wenn er todt sein wird, soll das Leben in Preußen beginnen.

Politische Ueberflut.

Berlin, 11. Januar.

Aus dem Reichstage. Trotz der wochenlangen Ferien scheinen sich die Abgeordneten von den parlamentarischen Strapazen ihrer Thätigkeit vor Weihnachten noch nicht erholt zu haben; wenigstens läßt die Frequenz in der heutigen Eröffnungssitzung darauf schließen. Abgesehen von den Juristen, die des Redens halber gekommen sind, sah man nur vereinzelt in Berlin wohnende Abgeordnete und die Parteiführer, welche Schandenhalber da sein müssen.

Der Gegenstand der Tagesordnung, Abänderung der Zivilprozess-Ordnung, ist freilich auch nicht danach angehtan, weitgehendes Interesse zu erregen. Ebenso wenig hat es etwas Belockendes, Neben der Abgg. Hintelen, Camp, von Cury zc. anzuhören.

So haben diese und noch einige andere Herren ihre Monologe vor leeren Bänken gehalten, nur der Staatssekretär von Niederding bildete ihren einzigen, mit unerschöpflicher Geduld ausgetasteten Zuhörer.

Die Vorlage selbst wird unzweifelhaft Annahme finden. Ein Theil derselben bringt nur Änderungen, die sich als notwendige Konsequenz aus den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches ergeben. Die Annahme dieses Theils ist also selbstverständlich und bedarf es weiteren Redens nicht. Im zweiten Theil bringt die Vorlage einige Einschränkungen, welche sich auf den Kreis der pfändbaren Gegenstände beziehen. Es ist das ein schwacher Versuch, den Schuldner vor all' zu weit gehender Auspönerung durch den Gerichtsvollzieher und Gläubiger mehr, als es bisher möglich war, zu schützen. Leider lassen auch die neuen Vorschriften dem Richter und Gerichtsvollzieher noch einen viel zu großen Spielraum für das „freie Ermessen“. Die Debatte konnte heute nicht zu Ende geführt werden und wird morgen 2 Uhr fortgesetzt. Von unserer Seite wird Genosse Haase dazu sprechen.

Beide Häuser des preussischen Landtages hielten heute im Anschluß an die feierliche Eröffnung kurze geschäftliche Sitzungen ab. Im Abgeordnetenhaus konstituirte der Präsident der vorigen

Session, v. Köller, die Beschlußfähigkeit und bernaunte zu morgen eine Sitzung behufs Wahl des Präsidiums und Entgegennahme von Vorlagen der Regierung an. — Das Herrenhaus nahm bereits heute die Wahl des Präsidiums vor. Die drei Präsidenten, Fürst zu Bied, Frhr. v. Mantuffel und Oberbürgermeister Becker, wurden wiedergewählt. Zu Schriftführern wurden gewählt: v. d. Osten, v. Mohr, Graf Seydlitz, v. Klitzing, Graf v. Hutten, Dr. Diefel, Büchtemann und v. Knebel-Döberitz. — Morgen findet die Beratung des Antrages des Herzogs v. Ratibor betr. Bereitstellung von Mitteln zur möglichen Verhütung künftiger Hochwasserkatastrophen statt.

Das Eintreten für die öffentliche Stimmabgabe seitens der „Kreuz-Zeitung“, wovon wir in vorletzter Nummer unseres Blattes berichteten, kam an sich niemandem überraschend. Verwundern konnte man sich höchstens über die gottesfürchtig dreiste Art, gerade jetzt vor den Wahlen solche Gelüste öffentlich auszulandern und an die große Glocke zu hängen. Das konservative Blatt hat freilich die Gründe für seine reaktionäre Forderung sorgfältig hinter einem Hofrausnebel verborgen gehalten: „die mit möglichstem Geheimniß umgebene Wahlhandlung forumpirt schließlich den Charakter; wir betrachten es also als eine Forderung der Moral, wenn wir die öffentliche Stimmabgabe wünschen.“ Offener hat seinerzeit Herr v. Tiedemann im preussischen Landtag gesprochen und seine Worte verbienen wohl heute wiederholt zu werden. Er äußerte am 14. März 1893:

Der Hauptgrund liegt darin, daß jemand, der nicht unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung wählt, sehr viel leichter zugänglich ist einem Appell an die schlechten Leidenschaften, welche leider in so vielen Menschen einen lebhaften Wiederhall finden. Ich will ein Beispiel anführen: Bei der letzten Reichstagswahl habe ich konstatieren können, daß in einem Wahlbezirk mehrere Beamte der königlichen Eisenbahnverwaltung dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben haben mühten. Das war klar nach Maßgabe der Ziffer der einzelnen Wähler und nach Maßgabe der Listen, die die Wähler, welche erschienen waren, enthielten. Ja, meine Herren, halten Sie es nicht für geradezu empörend, daß ein Beamter, welcher Sr. Majestät den Treueid geleistet hat, einem sozialdemokratischen Wahlagitator seine Stimme giebt? Derartige Dinge können eben nur unter dem Dementel des Dunkels stattfinden bei der geheimen Wahl.

Der freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete Parisius hob ähnliche Erfahrungen für Berlin hervor, wo auch dem konservativen oder antisemitischen Wahlmanne die Stimmen sämmtlich zugefallen waren, die bei der Reichstagswahl für die Sozialdemokratie abgegeben wurden. Parisius meinte damals mit recht:

„Daß die geheime Abstimmung hier zur politischen Heuchelei führt, geht aus diesen Fällen nicht hervor, sondern das Umgekehrte. Das ist so klar, daß man es nicht weiter zu beweisen braucht. Die Heuchelei findet nicht bei der geheimen Abstimmung statt, sondern bei der öffentlichen. Bei der geheimen Abstimmung können die Beamten ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck bringen, gleichviel, ob sie einen Sozialdemokraten oder Freisinnigen oder Konservativen, oder gleichviel welcher anderen Partei sie zum Abgeordneten wünschen.“

Schrieb doch selbst ein freikonservatives Blatt, das Herrn v. Jedlich sehr nahe steht und damals auch schon stand, im arbeiterfeindlichen Jahre 1890 an leitender Stelle:

„Das öffentliche Wahlrecht soll den Charakter des Wählers stärken, indem er offen und frei sich zu seinem politischen Standpunkt bekennt. Tatsächlich liegen die Dinge anders. Das öffentliche Wahlrecht führt zu einem Terrorismus, der den eigentlichen Wahlgewinn, die Stimmung des Volkes kennen zu lernen, vereitelt.“

Jetzt freilich haben die übrigen konservativen und freikonservativen Blätter nicht das geringste gegen die Absichten der Kreuz-Zeitungsblätter einzuwenden gehabt. Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ sind nur verdrießlich gewesen, daß die „Kreuz-Zeitung“ jetzt diese Frage erörtert, was nicht klug sei. Im Grunde sind die konservativen allzumal und dazu noch das Gros der Nationalliberalen und andere Parteien, alles was am Kapitalismus und an der Arbeiterausbeutung hängt, Gegner des Reichstags-Wahlrechts, obwohl dasselbe in seiner jetzigen Gestalt schon ihnen außerordentliche Vortheile gewährt.

Um das Reichstags-Wahlrecht wird der bevorstehende Wahlkampf geführt werden!

Reform des bayerischen Vereinsrechtes. Im Ausschusse der Kammer für das Vereinsgesetz wurde heute, wie uns telegraphisch aus München gemeldet wird, der Antrag Volkmar's abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, das Verbindungsverbot für politische Vereine aufzuheben und den Frauen die Theilnahme an politischen Versammlungen und Vereinen zu gestatten.

Es ist anzunehmen, daß die Kammer sich diesen Beschlüssen des Ausschusses anschließen wird. Daß die Anträge von sozialdemokratischer Seite, welche auf völlige Vereins- und Versammlungsfreiheit abzielen, nicht durchbringen würden, dürfte man ja erwarten, aber daß selbst die „Liberalen“ in Bayern sich für die Fortdauer des Ausschusses der Minderjährigen aussprechen, ist überaus lässlich.

Immerhin geht das bayerische Vereinsrecht einer Verbesserung entgegen. Und wo bleibt Preußen? —

Das militärische Panama. Aus Paris wird telegraphisch gemeldet, daß heute Vormittag 9 Uhr die Verhandlungen im Prozesse Esterhazy unter Ausschluß der Öffentlichkeit wieder aufgenommen wurden; nur den Zeugen wurde der Eintritt in das Gebäude gestattet. Wie verlautet, setzte Oberst Picquart in der

heiligen Vormittagsführung seine Ansagen fort; er soll dem General Goussé gegenübergestellt worden sein, und diese Gegenüberstellung soll sehr bewegt verlaufen sein. Oberst Picquart habe sensationelle Enthüllungen gemacht, die von außerordentlicher Wichtigkeit seien.

Ueber Klagen der Pariser Presse wird folgendes mitgeteilt: Clemenceau macht sich im „L'Echo“ anlässlich, nachzuweisen, daß der Prozeß gegen den Major Esterhazy nicht diesem, sondern dem Obersten Picquart gemacht worden sei. Das Resultat in dem Prozesse liege darin, daß die Verhandlungen für geheime erklärt wurden, sobald Picquart sich einstellte, um sich zu verteidigen. Der Kriegsminister Billot habe sich in eine verabscheuungswürdige Angelegenheit eingelassen, indem er das Gericht hinderte, „den als französischen Offizier verkleideten Ulanen“ zu bestrafen. Das „Journal“ meint, es sei gut, daß in Frankreich die Nation, die Armee und Offiziere jeden Ranges die volle Initiative ergriffen hätten, die Verantwortlichkeit für Verhinderung bei offenen Thüren zu übernehmen. Kein anderes Land würde es haben ertragen können, in einer solchen Angelegenheit völlige Klarheit zu schaffen. (Thatsächlich ist von wirklicher Öffentlichkeit gar keine Rede.) — Der „Radikal“ bedauert, daß es Mathien Dreyfus und Frau Dreyfus nicht gestattet worden ist, in die Verhandlungen einzugreifen; ihr Eingreifen hätte kontrastistische Auseinandersetzungen herbeigeführt können, die erforderlich seien, um volles Licht über die Angelegenheit zu verbreiten.

Bemerkenswert ist ferner die nachfolgende Mitteilung aus Straßburg: In der vom „Süddeutschen“ veröffentlichten Anklageschrift gegen Dreyfus hieß es, daß Dreyfus häufig nach dem Glas reise und daß die deutschen Behörden über seine Anwesenheit die Augen zudrückten, während andere französische Offiziere nur mit größter Schwierigkeit von den deutschen Behörden die Erlaubnis zum Aufenthalt im Elsaß erhalten hätten. Die „Straßburger Post“ ist auf Grund von Erkundigung an zuverlässiger Stelle in der Lage mitzutheilen, daß diese Behauptung auf einer ganz haltlosen Erfindung beruht. In Wirklichkeit erbat Dreyfus im Juni und Juli 1892 Aufenthaltserlaubnis, wurde aber beide Male abschlägig beschieden. Im Dezember 1893 erhielt Dreyfus wegen schwerer Erkrankung seines Vaters eine Aufenthaltserlaubnis für fünf Tage.

England und China. Endlich nimmt auch die englische Regierung Stellung zu den ostasiatischen Dingen. Der Erste Lord des Schatzes Balfour sprach sich in einer Rede, die er in Manchester hielt, folgendermaßen aus:

„Die Interessen Englands in China seien nicht territorial, sondern kommerzieller Natur. Da die Weltbevölkerung Großbritannien an dem Rußhandel China's 80 pCt. des Gesamtumsatzes China's betrage, habe England einen ganz besonderen Anspruch darauf, dafür zu sorgen, daß sich die Politik China's nicht einer Abschreckung des auswärtigen Handels zuwenden. England sei durch die tiefwurzelnden Traditionen seiner Politik gebunden, irgend welche ihm gewährte Handelsprivilegien als Waffe für den Ausschluß von Konkurrenten zu benutzen. Wenn England Handelsfreiheit verlange, verheße es darunter eine Freiheit des Handels für die ganze Welt in gleicher Weise. Es gebe nur zwei Wege, auf denen eine Störung der Handelsinteressen Englands in China möglich sei. Der erste sei die Möglichkeit der Ausübung eines Druckes auf China durch eine auswärtige Regierung, Anordnungen zu treffen, welche sich gegen England richteten und dem betreffenden Staate Vorteile gewährten, mit anderen Worten, welche die für alle gleiche Gelegenheit, Handel zu treiben, zerstörten. Der zweite Weg sei derjenige, daß fremde Länder mit schutzlosen Stationen errichteten, in denen sie Zollgrenzen einführen oder ähnliche Einrichtungen trafen. Die britische Regierung werde ihr Bestes thun, darauf zu sehen, daß auf keinem dieser beiden Wege der britische Handel geschädigt werde. Balfour bemerkte schließlich, er könne nicht verstehen, weshalb England dem russischen Handel entgegenzutreten solle, wenn er sich dorthin wende, wo es ihm beliebt, aber immer nur in der Voraussetzung, daß England dadurch nicht verdrängt werde.“

Nach diesen Auslassungen Balfour's will die englische Regierung also in dem bisherigen Vorgehen Rußlands und Deutschlands in China noch keine Verletzungen seiner Interessen erblicken, denen sie ernstlich entgegenzutreten müßte. Aber die Rede Balfour's hat immerhin auch einen gewissen aggressiven Klang. Den „Ländern mit schutzlosen Stationen“ wird deutlich gesagt, daß England nur so lange sich ruhig verhalten werde, als nicht der Versuch gemacht werde, es vom freien Handelswettbewerb in irgend einem Theile China's auszuschließen. Die Anexion Kiaotschan's scheint man also noch nicht als einen Eingriff in die englische Handelsfreiheit anzusehen.

Noch mehr als durch diese Stellungnahme Englands würde die ostasiatische Situation bis auf weiteres friedlich erscheinen, wenn sich die Renter-Weldung bestätigen sollte, daß das englische Geschwader von Port Arthur und Tschumulpo nach Hongkong zurückkehre, da die Differenzen bezüglich Korea's zwischen Rußland, England und Japan durch ein Uebereinkommen beigelegt seien. Nach diesem Uebereinkommen soll der frühere Zustand wiederhergestellt worden sein, der englische Hülfsratheavy Brown in seiner Stellung in Tschumulpo-Esul verbleiben, während je ein russischer und ein japanischer Vertreter in den beiden anderen Vertragshäfen Korea's, Wonsan und Fusan, ihren Sitz haben sollen. Sind diese Mittheilungen richtig, so zeigen sie ein Zurückweichen Rußlands vor den britischen Drohungen.

Deutsches Reich.

— Eine neue Liebesgabe und zwar abermals wesentlich zu Gunsten der Brauntweinproduzenten schlägt der Verband der deutschen Essigsäurefabrikanten in einer Eingabe an den Reichsminister vor und Professor Mäcker schreibt dazu wie gewöhnlich lange Begründungen für agrarische Wälder.

Auch in der Essigsäurefrage ist eine große Verschiebung zum Nachtheil der alten, enger an die Landwirtschaft angeschlossenen Stellungnahme eingetreten. Früher wurde Essig nur durch Gährung aus Alkohol und alkoholhaltigen Flüssigkeiten, Wein- und Obstmost oder Bier gewonnen, während neuerdings die Holzessig-Industrie ein immer gefährlicherer Rivale wird. Wir geben zum besseren Verständnis kurz einige chemisch-technische Details nach Mäcker wieder:

Bei der Trockendestillation des Holzes entsteht der rohe Holzessig, welcher auf Holzessigsäure aus dem Kalk verarbeitet wird. Aus diesem kann man nun konzentrierte Essigsäure herstellen, welche durch neue Verfahren von den ihr anhaftenden empyreumatischen, überreichenden und schmeckenden Stoffen so vollständig befreit werden kann, daß sie als chemisch reiner Essigsäure angesehen werden kann. So lange dies nicht möglich war, beschränkte sich der Verbrauch der Essigsäure mehr auf die Verwendung zu technischem Zweck, wodurch der Alkoholgehalt mehr und mehr von dem Markte für technische Zwecke verdrängt wurde und schon damals eine schwere Schädigung der Essigsäureindustrie eintrat. Seit man aber dahin gelangt ist, die der Verwendung zu Speisezwecken hinderlichen empyreumatischen Stoffe aus der Essigsäure vollständig zu entfernen, datiert der starke Wettbewerb der auf Holzessig bargestellten Essigsäure mit dem Alkoholgehalt auch auf dem Speisemarkt. Es wird die reine Essigsäure in Form einer 80prozentigen Waare „Essig-Essenz“, also einer sehr

konzentrierten Essigsäure, in den Handel gebracht, durch deren Verdünnung man eine verdünnte Essigsäure von der Konzentration des Speise-Essigs herstellen soll.

Der Essigsäure wird nun das Schlimmste nachgesagt, sie habe als stark ätzende Säure schon schwere Verletzungen und selbst Todesfälle herbeigeführt; sie soll also nur in verdünnter Form im Kleinvertrieb vertrieben werden können. Sie soll auch dann nicht den Namen Speise-Essig oder gar Weinessig führen dürfen, sondern womöglich mit der Bezeichnung versehen sein: „hergestellt aus essigsäurem Kalk“. Dann soll ein Zoll dem unangenehmen Nebenprodukt ein Ende bereiten. Der Holzessigsäure Kalk wird größtentheils aus den Vereinigten Staaten von Amerika eingeführt (jährlich 9 Millionen Kilogramm), neuerdings auch in Rußland, Bosnien, Galizien in großkapitalistischen Holzwerkzeug-Anstalten als Nebenprodukt gewonnen; nach Ablauf der Handelsverträge fordert die Eingabe sofort die Aufhebung eines Eingangszolles. Weiter sei der Eingangszoll für Essig, über 8 pCt. Essigsäure haltend, auf 25 M. pro 100 Kilo zu normieren. Dann werde die preussische Kartoffel und das deutsche Getreide genügend gegen das ausländische Holz geschützt sein.

Ein ausführliches Eingehen auf diesen kleinen Substanzplan lohnt sich heute noch nicht. Hervorheben wollen wir nur, daß gewisse unehrliche Praktiken — gegen die auch wir die kleinen Käufer schützen wollen und von denen Herr Mäcker ein großes Wesen macht — heute schon strafbar sind, z. B. die Entfärbung des Holzessigs mit Weizenblättern und sonstigen Beisetzungen, welche den Konsumenten über den Ursprung des Produktes täuschen sollen. Ferner ist der aus Branntwein gewonnene Essig heute schon subventionirt, indem das letzte Branntweinsteuer-Gesetz nicht nur für den Branntweinexport, sondern auch für den zur Essigsäurebereitung verwendeten Branntwein 6 Mark „Steuervergütung“ gewährt. Wie bei allen Liebesgaben, scheint daraufhin eine außerordentliche Steigerung dieser Essigsäurebereitung erfolgt zu sein. Anstatt nunmehr den notwendigen Rückschlag in Geduld auf sich zu nehmen, schreiben die Unternehmer sofort nach neuer Belastung der Konsumenten. Das ist die alte Erfahrung, die sich bei allen Liebesgaben wiederholt hat, und sie spricht wahrhaftig nicht dafür, auf dem alten verhängnisvollen Wege weiterzuschreiten.

— An Stelle des Ministers Thielens, so wird den „Berl. N. N.“ aus Danzig telegraphisch gemeldet, soll angeblich der dortige Eisenbahndirektor Thomé treten.

Das genannte Blatt giebt jedoch selbst diese Nachricht nur mit allem Vorbehalt wieder, zumal neuerdings von Rücktrittsabsichten des Herrn Ministers Thielens nichts bekannt geworden sei. Jedemfalls dürfte Herr Minister Thielen den Eisenbahn-Etat vor dem Landtage vertreten.

— Was wird Kiaotschan kosten? Auf ein halbes Duzend Millionen mindestens wird in dem offiziellen „Hamb. Korrespondenz“ die Nachtragserforderung an den Reichstag für Kiaotschan berechnet. Zunächst dürfte die Forderung dem Reichstage noch nicht zugehen, da eine Uebersicht noch nicht möglich ist. Was allein die Abwendung einer Besatzungstruppe von mehr als 1200 Mann kostet, läßt sich ungefähr daraus berechnen, daß die Verpflegung der sibirisch-asiatischen Schuttruppe um 400 Mann im Jahre 1896 insgesamt 2 Millionen Mark erforderte.

— Die Enquete zur Vorbereitung eines Reichs-Verpflichtungs-Gesetzes. Vom 4.—7. Januar tagte, wie gemeldet wurde, im Reichstag des Innern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. v. Boettke eine Sachverständigenkommission, die über die Grundzüge zum Entwurf eines Reichs-Verpflichtungs-Gesetzes beriet. Ueber den Verlauf dieser Beratungen berichtet die „D. Versch.“:

Den berufenen Raum in den Verhandlungen nahm natürlich die Lebensversicherung ein, wobei die von dem Ausschusse für Lebensversicherung des preussischen Versicherungsausschusses im Dezember vorigen Jahres gefaßten Beschlüsse zu nochmaliger Erörterung gelangten. Auch die Beratungen über die Feuerversicherung nahmen viel Zeit in Anspruch. Es wurde beschlossen, die hinsichtlich der rechtlichen Beziehungen der Lebens- und Feuerversicherung gemachten Vorschläge einer nochmaligen Beratung durch einen aus Kommissionsmitgliedern bestehenden Ausschuss zu unterziehen, dem die Herren angehören werden, die besonders Lebens- und Feuerversicherer sind. Ueber die ausländischen Versicherungsgesellschaften hat die Kommission keine Beschlüsse gefaßt, es sollen für diese Anstalten Nachtragbestimmungen erlassen werden. Ebenso soll die Transportversicherung in dem Gesetzentwurf eine gesonderte Stellung einnehmen, da man zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Bestimmungen des Entwurfes, soweit sie alle anderen Gesellschaften betreffen, auf die Transportversicherung nicht angewendet werden könnten. Es ist dies offenbar deshalb geschehen, weil die Forderungen der besitzlosen Gesetzentwürfe den Betrieb der Seeverversicherung durch einzelne Personen geradezu beseitigen würden. Binnen kurzem glaubt man, an die Redaktion des Entwurfes heranzugehen zu können und diesen dann der Zustimmung der Bundesregierungen zu unterbreiten.

— Einen höchst bemerkenswerten Beitrag zur Vorgeschichte der „Lex Arons“, die auch die heutige Chronik anknüpft, bringt die „Liberale Korrespondenz“:

Nachdem Herr Woffe sich auf seine erste Anfrage bei der Fakultät einen ablehnenden Bescheid geholt hatte, ließ er sich von seinen Kollegen im Staatsministerium zu einem Versuch drängen, auf eigener Machtvollkommenheit gegen Arons vorzugehen. Vor nunmehr beinahe drei Jahren, lange bevor Nachrichten über das Disziplinarverfahren in die Öffentlichkeit gelangten, lud der Universitätspräsident den Privatdozenten Arons zu einem Termin vor, um ihm in aller Form zu eröffnen, daß er ihn im Austrage des Kultusministers einem Verhör zu unterziehen habe. Das damals aufgenommene Protokoll enthält jedoch nur die abweisende Erklärung, daß der Geschiedene die Kompetenz des Ministers nicht anerkenne, und daß er keiner anderen Disziplinarorgane als der der Fakultät unterliege.

Dieser Vorgang, welchem der Angegriffene in — wir dürfen wohl sagen, übertriebener Korrektheit nicht der Öffentlichkeit übergeben hat, wirft ein recht unglückliches Licht auf das Verhalten des Herrn Woffe. Nachdem ihm die Fakultät den Verwehrenden versagt, verfuhr er es mit einer Ueberhebung, hätte Arons sich auf jenes Verhör eingelassen, so hätte — das wird kein denkender Mensch bezweifeln — der Minister auf Grund des gewonnenen „Untersuchungsprotokolls“ einen Urtheilspruch abgegeben; und wie dieser gelaute, wird ebenfalls niemandem zweifelhaft sein. Die Fakultät hätte sich im günstigsten Fall zu einem wirkungslosen Protest gegen den Uebergriff aufschwingen können. Besonders wichtig aber ist es, daß der Kultusminister selbst bewiesen hat, daß es sich auch nach seiner Auffassung um einen versuchten Uebergriff handelte. Diesen Beweis hat er dadurch erbracht, daß er — der preussische Minister — die blühende Abfertigung des von ihm bestellten Kommissars seitens des Privatdozenten, ohne weitere Schritte zu thun, ruhig einleitete. Hierfür giebt es eben keine andere Erklärung, als daß Herr Woffe seine Machtlosigkeit wenigstens bei den Berliner Universitätsverhältnissen erkannt hatte. Alles Erzeu, daß der neue Gesetzentwurf die Privatdozenten der Willkür des Ministers entziehen und ihnen einen Rechtschutz gewähren solle, ist damit als eitel Gesinnung erwiesen. Klar und einfach liegt die Sache so: Nachdem Herr Woffe noch einmal den vergeblichen Versuch gemacht hatte, sich von der Fakultät die Kaskaden aus dem Feuer holen zu lassen, wendet er sich an den Landtag, um sich neue Machtmittel gegen die Privatdozenten bewilligen zu lassen.

— Infolge der hohen Fleischpreise machen sich bereits Schwierigkeiten in der Truppenverpflegung bemerkbar. Die Forderungen der Schlächtermeister bei den diesmaligen Lieferungsanschriften der Truppenteile waren, entsprechend der Lage des Marktes, so hoch, daß die etatsmäßigen Verpflegungsgelder nicht ausreichend erschienen, und die Verwaltungswaltungen, zum Nachtheil der Ernährung der Mannschaften, sich bei der Zulassung der Koff Beschränkungen auferlegen mußten. Wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt,

sind verschiedene Truppenteile deshalb an der vorgesehene Stelle bereits vorstellig geworden.

— Die Polen und die Flottenvorlage. Das polnische Hauptorgan „Dziennik Wojskowy“ spricht sich entschieden dagegen aus, daß die polnische Reichstags-Fraktion für die Flottenvorlage stimme; die ganze polnische Bevölkerung sei gegen die Vorlage.

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Aus Brehna wird gemeldet: Der Schnellzug D 8 von Halle nach Berlin ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag im Bahnhof Brehna auf einen Güterzug aufgefahren. Einige Personen erlitten unbedeutende Abschürfungen, sonst wurde niemand verletzt. Es herrschte starker Nebel. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Aus Gleiwitz wird gemeldet: Amlich wird über den Eisenbahnunfall auf dem hiesigen Rangirbahnhof weiter bekannt gegeben, daß der Schlachtkreuzer des Güterzuges schwer, das Personal der ersten Lokomotive anscheinend weniger schwer, der Führer der zweiten Lokomotive und drei Mann vom Fahrpersonal des Personenzuges leicht verletzt worden sind. Von den Reisenden sollen einige verletzt sein, doch konnte bisher Bestimmtes nicht ermittelt werden, da die Weiterbeförderung des Gleiwitz sofort mit einem auf der Nebenbahn von Orzesze einsetzenden Personenzug erfolgte.

— Soldaten als Theilnehmer an politischen Versammlungen. Aus Bromberg wird der „Berl. Volks-Zeitung“ geschrieben, daß Oberlehrer Dr. Schmidt seinen Vortrag, den er zuerst vor der Abtheilung Bromberg der deutschen Kolonialgesellschaft über die Kriegsschiffe und deren notwendige Verstärkung gehalten hat und in den folgenden Tagen vor den Schülern der höheren Lehranstalten, vor den Unteroffizieren und den Mitgliedern des Landwehrvereins halten wird. Hier werden also die Unteroffiziere veranlaßt, Versammlungen zur Erörterung politischer Fragen beizuwohnen, obwohl in § 49 des Reichs-Militärgesetzes Unteroffizieren die Theilnahme an politischen Versammlungen ausdrücklich untersagt ist. Die Heranziehung der Schüler zu solchen politischen Vorträgen, so sagt das citirte Blatt weiter, nimmt sich auch sehr eigenartig aus gegenüber dem bekannten Entwurf zur Vereinsnovelle, welcher allen Personen unter 21 Jahren die Theilnahme an politischen Versammlungen untersagen wollte.

— Der Zentralverband deutscher Kaufleute hat an die zuständigen Reichsämter Eingaben gerichtet, in welchen er eine Ergänzung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, insbesondere in der Richtung aufstrebt, daß der Begriff „Fabrik“ gesetzlich festgelegt wird und die Geschäftsinhaber für Handlungen ihrer Angestellten, die gegen dieselben verstoßen, dann verantwortlich gemacht werden, wenn sie nicht entsprechende Vorkehrungen zur Verhütung solcher Handlungen getroffen haben. In einer weiteren Eingabe wird die gefällige Regelung des Ausverkaufswesens beantragt.

— Vom sächsischen Verfassungsrecht. Aus Dresden wird uns berichtet: Als in einer antisemitischen Versammlung in Städtchen Stolpen der sozialistische Kandidat des dortigen 8. Reichstags-Wahlkreises in der Debatte des Reichstags-Abg. Voße (jetziger Vertreter des Kreises) und Zimmermann entgegengetreten, wurde ihm von überwachenden Bürgermeistern das Wort entzogen, weil er eine Kandidatur eingelegt halte. Dieser Wortentziehungsgrund ist jedenfalls original. Uebrigens gilt dieser Bürgermeister als ausgesprochen antisemitischer Parteigänger!

— Der 28. Landtag des Großherzogthums Sachsen-Weimar tritt am 16. Januar im Fürstenthum zu Weimar zusammen. Außer der Statberathung (für die Jahre 1899, 1900 und 1901) werden dem Landtag eine Anzahl wichtiger Vorlagen unterbreitet. Die durch das neue Steuergesetz, welches mit nächstem Jahre in Kraft tritt, erhofften Mehreinnahmen sollen Erhöhungen der Gehälter für Geistliche und Lehrer ermöglichen. Letztere entsalten eine rührige Propaganda dafür in der Presse.

Aus der Pfalz, 10. Januar. (Sig. Ver.) Im Wahlkreis Landau-Kusel folgt eine Uebertragung auf die andere. Die Komodie, welche die Liberalen und die Bündler daselbst aufführen, übersteigt nachgerade alles, was an Freizeid und politischer Besinnungslosigkeit geleistet werden kann. Zuerst das Komödienstück mit der Kandidatur Lucke, wobei sich das Hauptorgan der Nationalliberalen, die „Pfalz. Presse“, so gründlich blamierte, indem es zuerst diese Kandidatur empfahl, dann auf Lucke schimpfte und der Kandidatur Fischer seinen Segen gab, um neuerdings dafür zu plädiren, daß ein Landwirt aus dem eigenen Wahlkreis als Kandidat aufgestellt wird. Inzwischen ist Herr v. Fischer wiederholt antelegraphirt worden und er hat, wie ich Ihnen mitgetheilt habe, zuguterletzt erklärt, daß er die Kandidatur bedingungslos anzunehmen. Aber die draven Ragen scheinen dem Wetter doch nicht recht getraut zu haben. Gestern hatten sie in Landstuhl abermals eine „vertrauliche“ Besprechung, in der die Kandidatenfrage erörtert wurde. Gleichzeitig hatten auch diejenigen Anhänger des Bundes der Landwirthe, die gegen die Kandidatur Lucke sind, eine Besprechung. Und das Resultat der beiden Konferenzen war, das und doch noch von den beiden feindlichen Brüdern ein Kompromisskandidat aufgestellt wurde und zwar in der Person des Wahlkreisvorsitzenden des Bundes der Landwirthe, der Landtags-Abgeordnete Schmitt-Reichenbach. Es ist das jener Mann, der zuerst die Kandidatur dem Kuselburger Oberbürgermeister Fischer angetragen hat. Es muß eine heitere Komödie gewesen sein, die sich gestern in Landstuhl abspielte. Sogar der alte Reichs-Säbelschleifer im Sachsenwald wurde antelegraphirt und darüber befragt, wer der beste Kandidat sei. Und er antwortete: Fischer ist der beste.“ Trotzdem liegen ihn die „gesinnungstüchtigen“ Nationalliberalen fallen und stellen den in etwas agrarischer Welle gefärbten Abg. Schmitt als Kandidaten auf, nachdem dieser die Erklärung abgegeben, daß er der nationalliberalen Partei beitreten werde. Für einen Wahlkreis-Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe ist das gewiß das größte Opfer an politischer Gesinnung!

Dieser Bund wird also mit einem Gegner aus dem eigenen Lager zu kämpfen haben. So wie die Aktien jetzt stehen, wird er jedenfalls unterliegen. Umso schlimmer wird die Sache sein, die dieser freiberufliche Agitator des Bundes der Landwirthe an den Nationalliberalen bei den allgemeinen Wahlen nehmen wird.

Wir Sozialdemokraten schauen als lachende Dritte dem ganzen Komödienstück ruhig zu. Wissen wir doch, daß für uns dabei der Weizen am besten blüht. Unser Kandidat, Genosse Ehrhart, entfaltete eine rührige Agitation und wie die Stimmung in dem Wahlkreis ist, dürfen wir mit Inverhoft auf einen ganz außerordentlichen Stimmengewinn rechnen. Die Gegner fürchten das auch und bekämpfen in der gewissenlosesten Weise. Befanulich leistet das Zentrum dabei großes.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die interessanten Beiträge zu dem Kapitel von den Majestätsbeleidigungen wurden heute vor der ersten Strafkammer am Landgericht II wieder um eine gewichtige Nummer vermehrt. Die Waletzgerischen Karl Stangenberg und Oskar Wichter aus Berlin waren nicht allein beschuldigt, am 8. August v. J. den Kaiser beleidigt zu haben, sie sollten auch am 14. November dem Kaiser Schwarzgürtel erwidern haben. Da die Staatsanwaltschaft der Ansicht ist, daß die öffentliche Verhandlung von Majestätsbeleidigungen unter allen Umständen die guten Sitten gefährdet, so wurde auch in diesem Falle hinter verschlossenen Thüren verhandelt. Aus der Begründung des öffentlich verkündeten Urtheils ging aber der Thatsache klar hervor. Danach hat Schwarzgürtel am 14. November in einer Anekdote zu Friedenau Kreile bekommen. Wie er heute zugegeben hat, wußte er gar nicht genau, daß es die Angeklagten waren, die ihn schlugen, er hat das in der allgemeinen Trubel nicht zu erkennen vermocht, das es aber geglaubt und deshalb Anzeile erstattet. Hinterher hat er beweisermäßig gedroht, er werde den Beiden etwas einträuken und hat dann mit der Anzeile wegen körperlicher Mißhandlung auch die wegen Majestätsbeleidigung verbunden. Danach soll am 8. August die

Rede von einem kleinen Unfälle gewesen sein, welchen der Kaiser kurz vorher erlitten hatte und die Angeklagten sollen diesen Unfall auf eine Ursache zurückgeführt haben, die nicht allein eine Unehrverletzung, sondern auch eine Majestätsbeleidigung enthalten haben würde, wäre sie erwiesen worden. Nun beklagten aber eine lange Reihe von Entlassungszeugen, daß die Angeklagten das Gegenteil gesagt hätten, daß der Denunziant Schwarzmaier jederzeit selbst derartige Redensarten im Munde führe und in Arbeitkreisen als „agente provocateur“ und als Volkseißel gelte. Unter diesen Umständen habe dem alleinigen Belastungszeugnisse des Schwarzmaier kein Glaube beigemessen werden können, das Uebel laute demgemäß auf Freisprechung.

Das Bauhener Landgericht verurtheilte den Schlosser Baumgarten aus Jittau wegen Majestätsbeleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu sieben Monaten Gefängnis. Baumgarten hatte die inkriminirten Redensarten in einer Gastwirtschaft geäußert und dem ihn verhaftenden Schyrmann Widerstand entgegengesetzt.

Oesterreich.

Wrag, 11. Januar. Eine Polizeiverordnung hebt die Sperrvorarbeiten für die Gast- und Kaffeehäuser in Prag auf, die während des Jahres jedoch noch um 9 Uhr abends geschlossen werden.

Zu einer von dem Gesehens-Klub beschlossenen Proklamation wird unter Hinweis auf den Zusammentritt des böhmischen Landtages betont, daß das Gesehens-Volk der Hüter der Ruhe und des Friedens sein werde. Sodann wird in der Proklamation erklärt, daß durch die Ausschreitungen nur jenen der größte Dienst erwiesen sei, welche das Gesehens-Volk durch Hebereien zu unüberlegten Handlungen bringen wollten.

In Prag soll nun ein deutsches Konsulat errichtet werden, so meldet heute die offiziöse „Nordb. Allg. Ztg.“. Daß dieser Entschluß der Reichsregierung durch die letzten Vorgänge in Prag mit verursacht ist, kann wohl als sicher angenommen werden.

Aus der Prager Landstube. Wangel interpellirt wegen der Vorgänge in Prag während der letzten Monate, Piska wegen Bedrückung des kirchlichen Schulwesens in deutschen Schulgebieten. Waga beschwert sich wegen Nichtverlesung seines Antrages auf Einsetzung einer Kommission zur Ueberprüfung der jüngsten Ereignisse in Prag. Der Oberlandmarschall erklärt, der Antrag sei nicht genügend unterklügelt und nicht zur Kompetenz des Landtages gehörig. Waga protestirt hiergegen, worauf der Oberlandmarschall erklärt, er werde den Protest der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführen.

Abg. Spindler interpellirt wegen verschiedener Vorgänge in den deutschen Sprachgebieten. Die Abgeordneten Wolf und Genossen interpellirten den Statthalter, ob er der Regierung schleunigt die Vertagung des Landtages und die Einberufung desselben in eine deutsche Stadt Böhmens vorschlagen wolle, wo die tschechischen Vertreter der deutschen Bevölkerung mit gebührender Achtung aufgenommen werden würden. Die Interpellanten motiviren die Anfrage mit der Belästigung und Bedrohung, welche die deutschen Abgeordneten gestern und heute auf dem Wege zum und vom Landtage zu erleiden hatten. Nächste Sitzung Donnerstag.

Wraznowsky brachte einen Antrag ein, den durch die Sperrvorschriften geschädigten Besizer von Gasthäusern oder Kaffeehäusern Steuer-Nachlässe zu gewähren. Es werden Unterschriften für einen Antrag Wolf gesammelt, nach welchem solche „Aufmerksamkeiten“, wie Wolf auf dem Wege zum Landtage erwiesen wurden, abgestellt werden sollen.

In verschiedenen Landtagen, auch solchen mit liberalen Mehrheiten, so in denen von Tirol und Salzburg, wurden widersprüchliche Anträge eingebracht, die Sprachenverordnungen für unzulässig zu erklären.

Ungarn.

Budapest, 10. Januar. Unter Vorsitz des Stellvertreters des Gouverneurs fand heute die Wahl des Vizepräsidenten (Vizepräsidenten) statt. Magländer wurde mit 43 Stimmen wiedergewählt. Bei der Anfrage, ob er die Wahl annehme, antwortete Magländer „mit Freuden“, jedoch könne er auf die neuen Wünsche nicht den Eid leisten, da die Klapprepresentanz (der Gemeinderath) nicht befragt worden sei, ob die Wünsche eingeführt werden könnten. Hierauf suspendirte der Stellvertreter des Gouverneurs die Klapprepresentanz, da er nicht bevollmächtigt sei, diesen bedingungsweisen Ausspruch zu akzeptiren.

Frankreich.

Paris, 11. Januar. Senat. Nach einer Ansprache des Alterspräsidenten Vallon wird behufs Wahl des Bureaus eine Sitzung auf Donnerstag angesetzt. Scherer-Kestner bleibt Kandidat für die Vizepräsidentenämter. — Deputirtenkammer. Zahlreiche Deputirte sind anwesend. Der Alterspräsident Boisset hält die übliche Ansprache.

England.

London, 10. Januar. Vor dem Central-Criminalgerichtshof wurde heute das Verbrechen gegen die beiden Russen, die angeklagt sind, zur Ermordung des Kaisers von Rußland aufgezeigt zu haben, bis zum nächsten Gerichtstage vertagt. Die Freilassung gegen Bürgschaftleistung wurde abgelehnt.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Januar. Bei der heutigen zweiten Verathung des Budgets theilte der Minister des Inneren Ravn im Folgenden mit, die dänische Regierung habe ihre Befehden angewiesen, bei den fremden Regierungen anzufordern, ob eine Möglichkeit vorhanden sei, daß Dänemark garantierte Neutralität erlange. Nach den nunmehr eingegangenen Auskünften wolle er bemerken, daß die auswärtigen Regierungen die Bereitwilligkeit Dänemarks, eine neutrale Stellung einzunehmen, vollaus anerkannt hätten, daß aber zur Zeit keine Wahrscheinlichkeit bestehe, eine garantierte Neutralität zu erreichen.

Spanien.

Havana, 11. Januar. Die Truppen des Generals Ruiz schlugen die Aufständischen unter Maximo Gomez bei Santo Spiritu und nahmen denselben 200 Pferde fort. Zwölf Aufständische wurden getödtet, drei gefangen genommen; auf Seiten der Spanier wurden 11 Mann verwundet.

Das Madrider Blatt „Imparcial“ meldet aus Havana, aus den Vereinigten Staaten seien Hilfsleistungen für die Bedürftigen eingetroffen. Die Spanier seien hierüber unzufrieden, denn die amerikanischen Konsuln benutzten die Sache dazu, sich in die kubanischen Angelegenheiten einzumischen und die Sympathien der Landleute zu erwerben.

Serbien.

— Gefahren für die Dynastie. Der Befehdler Richterhafter der „Nöln. Ztg.“ versichert unter Hinweis auf die Ernennung Milan's zum Kommandanten der serbischen Armee, der junge König sei in den letzten Jahren geistig und körperlich zurückgegangen, so daß er zuweilen in Trübniß verfallt und sich von jedermann überreden und überlisten lasse. Die Radikalen erliefen an ihre Anhänger die Mahnung, alles ansetzende ruhig hinzunehmen, dabei organisirten unsichtbare Hände das Selbstenthum, so daß es probe Renner der serbischen Verhältnisse die gegenwärtige Lage des Landes sowohl als des Königshauses als die gefährlichsten, deren sie sich zu entsinnen vermögen, bezeichnen. Milan's Kommando werde kein Heil bringen.

Afrika.

— Verstärkung der ägyptischen Truppen. Aus London wird gemeldet: Das in England stehende 8. Infanterieregiment hat Befehl erhalten, sich nach Kairo einzuschiffen, um das 21. Alanenregiment zu ersetzen, welches nilaufwärts geht.

— Kämpfe in Uganda. Dem „Nester'schen Bureau“ wird aus Sansibar vom 10. d. M. gemeldet. Vier eingegangene Briefe des Majors Macdonald aus Lubwa in Ufoga den 14. Dezember melden von einem Geschehe, in welchem der Lieutenant Macdonald, ein Bruder des Majors Macdonald, und der Missionar Pilkington fielen. Aus Machato wurden Verstärkungen abgefordert. Ein weiteres Telegramm desselben Bureaus

aus Mombasa bekräftigt diese Nachricht mit dem Hinzufügen, es sei möglich, daß die Garnisonen von Buddu gemeinsame Sache mit den Aufständischen machen würden.

Kapstadt, 10. Januar. Hier sind Nachrichten aus Natal North eingegangen, daß Basutos in großer Anzahl in Natal Fronten versammelt sind. Die Nachrichten sind ernst. Die Ursache für die Unruhen in Natal liegt in der Weigerung Masuphas, seinen Sohn Mosekeli den Behörden anzuliefern, damit derselbe sich gegen die Verschuldung eines thätlichen Anfalles und der Flucht aus einem Gefängniß des Oranje-Freistaates verantworte.

Amerika.

New York, 11. Januar. („Frankf. Ztg.“) Nach einer Konferenz mit Mac Kinley erklärte Senator Chandler, der Präsident werde ehestens eine zweite Währungskommission nach Europa schicken. Mehr als die erste Delegation wird sie auch nicht ausrichten.

Reichstag.

14. Sitzung, Dienstag, den 11. Januar 1898.

Am Bundesrathstische: Niederding.

Auf der Tagesordnung steht die erste Verathung eines Gesetzes, betr. Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und die Strafprozess-Ordnung, sowie eines Gesetzes, betr. Aenderungen der Zivilprozess-Ordnung.

Präsident v. Nol eröffnet die Sitzung nach 2 1/2 Uhr. Staatssekretär Niederding: Die Vorlage umfaßt drei Materien. Der erste Entwurf, betr. das Gerichtsverfassungsgesetz, umfaßt die Aenderungen, die durch unser neues Recht, das Bürgerliche Gesetzbuch, als einfache Konsequenzen nötig geworden sind. Er ist wesentlich von derselben Kommission wie jener ausgearbeitet worden. Die Aenderungen, die in dem Entwurf enthalten sind, beziehen sich zum theil auf die Eheprozesse, auf die Rechtsverhältnisse von Eltern und Kindern, auf die Zwangsvollstreckung; indessen sind diese nur logische und juristische Konsequenzen der neuen Rechtsgestaltung und dabei meist auch unerheblich. Wichtiger sind die Aenderungen, die nicht mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in unmittelbarem Zusammenhang stehen, sondern sich aus den gerichtlichen Bedürfnissen als notwendig im Laufe der Jahre herausgestellt haben. Die Kommissionsberatungen aus dem Jahre 1896, die sich mit dieser Materie befaßten, und auch verschiedene Resolutionen des Reichstages haben in verschiedenen Punkten Aenderungen nahe gelegt. Die Ihnen nun in dem Entwurf vorgeschlagen werden. Die Zahl dieser Aenderungen ist leider größer geworden als wir es vermutheten. Der erste Gesichtspunkt, der uns bei unseren Vorschlägen leitete, war, unsern Zivilprozess zu vereinfachen, den oft allzu großen Formalismus zu beschneiden. Weiter mußte es uns darauf ankommen, eine Erleichterung der Verfolgung der Rechtsansprüche im außergerichtlichen Verfahren herbeizuführen. Besonders mußte der Stellung der Rechtsbeistände Beachtung geschenkt werden. Die Praxis des Lebens hat uns gezeigt, daß wir in gewissen Grenzen eines Vertreters der Parteien neben der Rechtsanwaltschaft nicht entbehren können. Wir wollten damit nicht eine Rechtsanwaltschaft zweiter Ordnung heranziehen, sondern nur persönlich die Stellung dieser Rechtsbeistände gegen die Willkür mancher Richter sichern. Ein dritter Gesichtspunkt ist die Vereinfachung des Instanzenwesens. So hat sich gezeigt, daß die allzu große Zahl der Instanzen nicht vom Segen ist. Besonders ist das Reichsgericht in einer Weise mit Zivilsachen überlastet, daß es entlastet werden muß, wenn nicht die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gefährdet werden soll. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, die Revisionssumme für Zivilprozesse höher zu normiren. Biersen sind wir davon ausgegangen, daß auch auf dem Gebiete des Entmündigungsprozesses Aenderungen herbeizuführen sind; trotzdem die vielen Beschwerden in den letzten Jahren oft zu weit gegangen sind, ist anzuerkennen, daß hier Mängel vorhanden sind. Wir sind hier in unseren Vorschlägen den Anschauungen des Reichstages gefolgt. Endlich handelt es sich um eine Aenderung des Zwangsvollstreckungs-Verfahrens. Der Entwurf schlägt eine erhebliche Einschränkung der Zwangsvollstreckung bei bedrängter Lage des Schuldners vor, weil der Staat es nicht zugeben kann, daß im Interesse des Gläubigers die Existenz des Schuldners zu leicht gefährdet werden kann. Andererseits mußten wir auch berücksichtigen, daß eine allzu große Beschränkung den Kredit des kleinen Mannes gefährden könnte. Wir haben eine Besserung hierin durch die Aenderung in der Behandlung des Offenbarungseides zu erreichen versucht.

Wenn Sie alle Reformvorschläge überblicken, werden Sie anerkennen, daß es sich um eine Reform großen Stiles nicht handelt. Das soll es auch nicht. Nur das Nothwendige, das uns das neue bürgerliche Recht auferlegt, haben wir vollführt. Richter und Anwälte haben genug zu thun, sich in das neue Recht einzuleben, wir dürfen sie nicht unnötig belasten. Ueber viele große Fragen ist auch noch lange kein Einverständnis erzielt. Die Vorlage soll dem neuen bürgerlichen Recht die Wege ebnen helfen. Allen Neuerungsversuchen gegenüber haben wir Vorsicht walten lassen. Ich bitte Sie, mit einer gewissen Selbstentfaltung an die Verathung der Vorlage heranzugehen. Thun Sie das, so werden Sie ohne große Mühe und großen Zeitaufwand zu Ende kommen und dem großen Reformwerk des Bürgerlichen Gesetzbuches das letzte Siegel aufdrücken. (Beifall.)

Abg. Hintelen (3. auf der Tribüne schwer verständlich): Ich bin auch der Meinung, daß die Vorlage nur das Nothwendigste enthalten soll. Immerhin werden aber eine ganze Anzahl Aenderungsverschlüsse gemacht werden müssen, selbst wenn wir die Grundlagen der Vorlage unangestastet lassen. Eine gründliche Revision der Zivilprozessordnung ist gegenwärtig nicht angingig; es muß aber dafür Sorge getragen werden, daß diese Revision nicht gar zu sehr auf die lange Bank geschoben wird. Eine Revision des Justizwesens ist z. B. ganz dringend erforderlich. Ich glaube auch, daß sich das ganze Evidenzverfahren mit einem Schlage sehr einfach ändern läßt. Ich meine, das Verfahren, das in der Militär-Strafprozess-Reform vorgeschlagen ist, läßt sich ganz gut auch auf den Zivilprozess übertragen. Eine weitere Frage der höchsten Bedeutung ist die in der Vorlage enthaltene Heraussetzung der Revisionssumme. Ich fürchte keine Ueberlastung des Reichsgerichts. Die geeigneten Kräfte für neue Reichsgerichtssenate sind vorhanden. Unsere Ober-Landesgerichtsräte sind fast alle fähig, im Reichsgericht zu sitzen. Gegen einen gegenwärtigen Fortschritt muß ich unseren Richterstand in Schutz nehmen. Warum also die Revision erschweren? Der Mündigkeit muß größerer Spielraum eingeräumt werden. Es wird jetzt wieder mehr geschrieben wie früher. So ist es z. B. seitdem, daß der Urtheilsfällung berufene Richter die Zeugen selbst verhört, Gewöhnlich werden die Zeugen vom eruchten Richter vernommen, und in der Hauptverhandlung werden dann diese Zeugenaussagen nur verlesen. Die Thätigkeit des Reichsgerichts sollte auch dahin erweitert werden, daß die Zahl derjenigen Fälle vermehrt wird, in denen das Reichsgericht eine tatsächliche Würdigung des Sachverhalts vornimmt. Für die Vorlage hätte das alte preussische Verfahren zum Muster genommen werden sollen.

Abg. Gamp (Np.): Dadurch, daß man sich hier nur auf das Allernothwendigste beschränkt, ist die Hoffnung einer gründlichen Revision auf Jahrzehnte hinaus zertrübt. Man hätte jetzt schon gründlicher reformiren sollen. Mit Herrn Abg. Hintelen bin ich in vielen Punkten einverstanden. Unsere Bevölkerung ist reich genug, um den Anwaltsmangel erdulden zu können. Durch theilweise Befreiung des Anwaltszwanges würden die Grundlagen der Vorlage nicht berührt. Es giebt thätlich eine große Anzahl Amtsgerichte, wo kein Anwalt ist, an anderen Orten ist nur ein Anwalt da. Die Kosten vergrößern sich also in diesen Fällen sehr wesentlich durch die Hinzuziehung eines Anwalts. Daß der Entwurf eine kleine Aenderung zu gunsten der Rechtskonsulenten enthält, ist erfreulich. In der Verfassung sollte man vorsichtiger vorgehen als es bisher üblich war. Mit dem Vorschläge die Revisionssummen beim Reichsgericht zu erhöhen, kann ich mich durchaus nicht einverstanden erklären. Gerade die Existenz eines Reichsgerichts beeinflußt die Rechtsprechung beim Ober-Landesgericht durchaus günstig, weil dieses durch die obere Instanz kontrollirt wird. Wird

die Revisionssumme auf 3000 Mark festgesetzt, so wird die Rechtsprechung auf Jahrzehnte dem Reichsgericht fast ganz entzogen, und wir erhalten gerade die gewünschte Einheitlichkeit der Rechtsprechung nicht. Wir müssen ferner eine Bestimmung einführen, nach der der Landbesitzer die Einführung von Schiedsgerichten auch für die Landwirthschaft freigestellt wird, weil diese Institution gewünscht wird und nur so erreicht werden kann. Wir werden uns aber, daß wir auch ich betonen, große Beschränkungen auflösen müssen. Auch ich habe eine ganze Reihe von Wünschen vorgebracht, halte es aber für nötig, daß wir nicht durch viele Aenderungsanträge das Zustandekommen der Vorlage gefährden.

Abg. Dr. v. Cuny (natl.): Ich kann mich den Ausführungen des Redner's sehr wenig anschließen; nur in der Mahnung zur Entfaltung stimme ich ihm durchaus zu. Der eine Theil der Bestimmungen des Entwurfs ist nothwendig zur Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches; die anderen sind die nützlichen Aenderungen. Die Regierung hat eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die wir durchaus mit Dank entgegennehmen können. Der Zweck der Revision beim Reichsgericht ist doch die Rechtseinheit, daß eine Revisionsur vorhanden ist, wonach das Publikum sich zu richten hat. Aber dieser Zweck fällt ja vollständig fort, wenn die Revision erschwert wird. Wir wünschen, daß diese Frage in der Kommission eingehend behandelt wird.

Abg. Träger (fr. Sp.): Die durch das Bürgerliche Gesetzbuch nothwendigen Aenderungen sind in dem Entwurf sehr gut bearbeitet, die vorgebrachten Vorschläge sind dringend wünschenswerth. Besonders halte ich die Aenderung des Zwangsvollstreckungs-Verfahrens für eine große Verbesserung, die den Rechten der Gläubiger und dem Bedürfnis der Schuldner in gleicher Weise gerecht wird. Mir kommt es aber vor allen Dingen auf einen Punkt an: Zu meiner großen Freude, nicht zu meiner Ueberbahrung haben sich allgemeine Vorredner gegen die Erhöhung der Revisionssumme beim Reichsgericht gewendet. In der That sind die Motive zu diesem Punkt sehr dürftig, denn die Entlastung des Reichsgerichts ist auch durch andere Mittel zu erreichen. Will man die Einheit der Rechtsprechung, dann hat man doch ein Interesse daran, die Revision durch das Reichsgericht durchaus nicht zu beschränken. Mit der Verdoppelung der Revisionssumme wird aber gewissermaßen ein Ausnahmerecht für die reichen Leute geschaffen. Minderbemittelte führen keine Prozesse über Objekte in Höhe von 3000 M. und mehr. Ihnen soll in ihren Rechtsangelegenheiten der Weg zum obersten Gerichtshof noch mehr eingeschränkt werden, als dies bisher schon der Fall war; die Maßnahme stellt sich also als ein Alt verschärfster Klassenjustiz dar. (Beifall links.)

Abg. Dziembowski-Poniatzki (Vole): Die Vorlage trägt in manchen Punkten den sozialen Zuge der Zeit Rechnung, so beim Zwangsvollstreckungs-Gesetze. Sie geht aber noch nicht weit genug. Die Revision des Gerichtsverfassungsgesetzes ist wichtiger, als manche der Fragen, die in der Zivilprozessordnung geregelt werden sollen. Als Freund der Rechtseinheit bin ich bereit, für die Erhöhung der Revisionssumme zu stimmen, aber nur unter der Bedingung, daß das Reichsgericht wirklich zu einem wissenschaftlichen Institut für die Schaffung der Rechtseinheit gemacht wird; dann müssen seine Entscheidungen aber kostlos ergehen. Damit wird sich die Regierung aber kaum einverstanden erklären.

Die Weiterberathung wird darauf vertagt. Zwei schleunige Anträge betr. die Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete werden auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Präsident v. Nol schlägt vor, die Fortsetzung der heutigen Verathung auf übermorgen zu vertagen und für morgen Schwerin'stag mit der Tagesordnung: Zentrumsantrag, die sog. lex Heinze, anzusehen.

Abg. Leuzmann (fr. Sp.) bittet, diesem Vorschlag nicht zuzustimmen und so die Verathung der sehr wichtigen Materie, die wir heute hatten, nicht zu zerreißen. Dann können wir die Herren morgen noch festhalten, übermorgen könnten wir es aber nicht mehr, wenn die interessanten lex Heinze vorüber wäre. (Zuruf beim Zentrum: Oh!)

Abg. Dr. v. Cuny (natl.) schließt sich diesem Antrage an.

Präsident v. Nol zieht darauf seinen Vorschlag zurück.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 12. Januar, mittags 2 Uhr. Tagesordnung: 1. Verathung zweier schleuniger Anträge, des ersten auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Meyer in Danzig, des zweiten der Abg. Auer und Genossen auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Stadthagen in Berlin. 2. Fortsetzung der heutigen Verathung.

Schluß nach 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhause.

1. Sitzung vom 11. Januar 1898, 1 Uhr.

Die Sitzung wird um 1 1/4 Uhr vom Präsidenten v. Köcker mit folgenden Worten eröffnet:

Meine Herren! Als der Präsident der vorigen Session habe ich die Aufgabe, die Geschäfte des Präsidiums so lange zu führen, bis die Präsidentenwahl vollbracht ist. Ich übernehme infolge dessen den Vorsitz und eröffne die Sitzung.

Anwesend sind 310 Mitglieder. Das Haus ist also beschlußfähig. In provisorischen Schriftführern werden benannt die Herren Bode (konf.), Im Walle (3.), Weyerbusch (natl.), Worsze wski (freif. Sp.).

Die Verlesung in die Abtheilungen wird dem Bureau überlassen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die Sitzung wird auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Tagesordnung: 1. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. 2. Entgegennahme von Vorlagen der königlichen Staatsregierung.

Schluß 1 Uhr 20 Minuten.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Verberathung der Militär-Strafprozess-Reform ist gewählt; sie besteht aus folgenden 21 Mitgliedern: Baffermann und Plack (natl.); v. Levekov, v. Wittlamer-Plantz und Stauby (konf.); Graf v. Bernstorff-Daenau und Baumbach (Reichsp.); Prinz v. Ardenberg, Erdber, Freiherr v. Hertling, Dr. Lieber, Spahn und Witt (Zentr.); Dr. Böck (freif. Sp.); Leuzmann und Mandel (freif. Volksp.); Frohme, Dase und Oertel (Soj.); Viehaden (natl.) und v. Schlipowski (Vole). Konservativ und Centrum beanspruchen den Vorsitz.

Reichstags-Kommissionen. Mit dem 12. d. M. werden die Kommissionen des Reichstages ihre Thätigkeit beghnen bzw. wieder aufnehmen. Die Kommission zur Verberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird in die zweite Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Dr. v. Buchta eingetreten. Die Budgetkommission wird die Verathung des Etats bei den Spezialetat's für den Reichskanzler, die Reichskanzlei und das Reichsamt des Innern in Angriff nehmen. Die Kommission zur Verberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Entschädigung der in Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen wird zum ersten Male sich versammeln.

Im Herrenhaus hat der Herzog von Ratibor einen Dringlichkeitantrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage der Monarchie einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die erforderlichen Mittel bereit gestellt werden sollen, zur möglichsten Verhütung künstlicher Hochwasser-Katastrophen die dauernde Verbesserung der Hochwasserabfluß-Verhältnisse einzelner besonders gefährlicher Privatflüsse der Provinzen Schlesien und Brandenburg durch Regulirung der Flußläufe, Freilegung der Hochwasser-Abflußprofile, Zurückhaltung von Hochwasser und Geschieben in den Quellgebieten und dergleichen herbeizuführen. In den Motiven heißt es: „Nachdem in der heutigen Eröffnungssrede nur „Erörterungen“ zur Regulirung der betr. Flußläufe angekündigt sind, erscheint es geboten, auf die Einbringung des Gesetzentwurfs selbst zu dringen. Die Ausarbeitung der speziellen Vorarbeiten wird zweckmäßigerweise, den

bisherigen Gesetzentwürfen entsprechend, erst nach Bewilligung der Reichsversammlung.

Der Entwurf eines Gesetzes betr. das Ackerbaugebiet bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Nees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg, Ruhrort und Mülheim (Ruhr) ist dem Herrenhause zugegangen.

Eine Anzahl von Weichenstellern haben sich an das Abgeordnetehaus mit der Bitte um Gehaltsaufbesserung gewandt. In der Eingabe wird ausgeführt: Wir bitten: a) um Erhöhung unserer Befoldungssätze von 1000 bis 1500 M. auf 1200 bis 1800 M. für Weichensteller erster Klasse; b) um Erhöhung der jetzt 800 bis 1200 M. betragenden Gehaltsätze der Weichensteller zweiter Klasse auf 1000 bis 1500 M.; c) um mögliche Einschränkung der Jahre, in welchen die höheren Gehaltsätze erreicht werden sollen; d) um Erhöhung unserer Wohnungsgeld-Zuschüsse; sowie endlich e) darum, daß diejenigen Weichensteller, welche die Weichenstellereisen auf den großen Bahnhöfen zu bedienen haben, mit einer höheren Funktionszulage als bisher bedacht und sänftlich zu Weichenstellern erster Klasse ernannt werden. Daß der Weichenstellerdienst ein äußerst schwieriger und verantwortungsvoller ist, daß wird von niemandem bestritten werden. Bei Sturm und Regen, bei Frost und Schnee, bei Nacht und Nebel müssen wir auf unserm Posten ausharren und die gespannteste Aufmerksamkeit anwenden, um in kritischen Augen Augenblicke die Züge möglichst zu verhalten. Ein so anstrengender Dienst erfordert begreiflicherweise eine besonders gute und kräftige Ernährung des Körpers. Aber dazu reichen unsere Geldmittel nicht aus. Mit dem Anwachsen der Familie hält die Gehaltssteigerung nicht gleichen Schritt. Der Zeitraum, in welchem wir die höheren Gehaltsposten beziehen, ist ein so ausgezehrt, so zwar, daß nur wenige von uns in jenen Zeiten, wo die Lebenshaltung der Familie wegen der Kindererziehung bedeutendere Geldmittel erfordert, sich in dem Genuße unserer Höchstzulage befinden, ja voraussichtlich werden nicht wenige unserer Berufsgenossen den Höchstgehalt überhaupt nicht erreichen, indem sie wegen vorgerückten Alters schon vorher ihre Pensionierung zu beantragen gezwungen sind.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Arbeiter-Nachrichtskalender für 1898 hat eine so gute Aufnahme gefunden, daß sich eine neue Auflage dieser sowohl für die Gewerkschaften wie für die Parteigenossen sehr nützlichen Schrift nötig gemacht hat. Neben vielen anderen Wissenswerten enthält der Kalender ein Adressenverzeichnis der Berufsorganisationen und Fabrikinspektoren, eine Rechtslehre über den Arbeitsvertrag und eine Statistik der Reichstagswahlen, die von jedem der 97 Wahlkreise die Stimmen aller Parteien, die Namen der Abgeordneten und den Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmabgabe aufweist.

Als Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Elbing-Marienburg ist am Sonnabend von einer Parteiversammlung in Elbing der Parteigenosse F. Storch aus Stettin aufgestellt worden.

Für das Großherzogthum Baden sind nach Schluß der Landeskonferenz in Offenburg bei einer Besprechung zwischen dem Landesvorstand und den Vertretern der einzelnen Wahlkreise folgende Kandidaturen endgültig festgesetzt worden: 1. Wahlkreis Konstanz-Ueberlingen: Aug. Krohn, Maler in Konstanz. 2. Wahlkreis Wilingen-Triberger-Hornberg: Friz Fleig, Wirthbauer in Hornberg. 3. Wahlkreis Waldshut-Säckingen-Schepfheim: Abg. Ad. Sedl, Redakteur in Offenburg, Zahlkandidatur. 4. Wahlkreis Brrach-Mühlheim: J. F. Haug, Schuhmacher in Freiburg. 5. Wahlkreis Freiburg-Waldbrunn: Ernst Kränzer, Feilenbauer in Freiburg. 6. Wahlkreis Lahr-Gaslach-Bollach: A. Hendrich, Schriftsteller in Offenburg. 7. Wahlkreis Offenburg-Oberkirch: Abg. A. Geis, Gastwirth in Mannheim. 8. Wahlkreis Baden-Baden: Wilhelm Kolb, Maler in Karlsruhe. 9. Wahlkreis Pforzheim-Durlach: Alfred Agster, Arbeitersekretär in Stuttgart. 10. Wahlkreis Karlsruhe-Breisach: Abg. Ad. Sedl, Redakteur in Offenburg. 11. Wahlkreis Mannheim-Schwetzingen-Weinheim: Abg. Aug. Dreesbach, Kaufmann in Mannheim. 12. Wahlkreis Heidelberg-Mosbach: Georg Pfeiffle, Kaufmann in Mannheim. 13. Wahlkreis Wiesloch-Eppingen: A. Sommer, Lithograph in Weinheim. 14. Wahlkreis Tauberdischhofheim-Waldbrunn: Abg. M. Kramer, Kassirer in Mannheim.

Zur Agitation für die Reichstagswahl ist von unsern Parteigenossen im Kreis Oldenburg-Pinneberg eine 84 Seiten starke Broschüre vertheilt worden, worin auf Grund eines äußerst reichhaltigen Materials die politischen Verhältnisse in allgemein verständlicher Weise erörtert und die Wähler aufgefordert werden, ihre Stimmen unserm Parteigenossen v. Elm zu geben.

In einer außerordentlich stark besuchten Volksversammlung sprach am letzten Sonnabend auf der Höhe in Hohenstein-Ernsthald im 17. sächsischen Wahlkreise der Abgeordnete des Kreises, Genosse Auer, über die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Derselbe Redner referirte dann am Sonntag Nachmittag in einer Kreis-Parteiversammlung, die in Hohenstein im Gasthaus „Zum Grünthal“ abgehalten wurde und aus allen Orten stark besucht war, und abends im sozialdemokratischen Wahllokal für Gersau im Lokale des Genossen W. Stolle, das ebenfalls bis zum letzten Plaque besetzt war. Trotz aller Nachwirkungen der Fabrikanten und trotz der unglücklichen Schwierigkeiten, die seitens der Behörden unserer Agitation in den Weg zu legen versucht werden, sind unsere Genossen doch des besten Muthes und wird der Kreis auch dieses Mal wieder im ersten Rufe genommen werden. Die Gegner haben noch keinen Kandidaten aufgestellt, doch soll die Durchfallkrolle einem antisemitischen Apotheker aus Glauchau zugehört sein.

In Eibersfeld ist zum Vertretungsmann der Parteigenosse W. Allenbaum (Frankenstr. 31, II.) gewählt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Vom Schöffengericht in Spremberg wurden einige Parteigenossen wegen öffentlicher Verbreitung des „Märkischen Landboten“ zu je 15 M. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt. Auf ihre Einrede, daß sie den Kalender nicht öffentlich verbreitet hätten, hat, nach dem Bericht der „Märkischen Volkstimme“, der Vorsitzende gefragt: „Was haben Sie denn damit gemacht? Sie haben wohl die Kalender unter den Arm genommen und sind damit nach Hause gegangen.“ Als unsere Genossen erwiderten: „Nein, wir haben sie verbreitet!“ bemerkte der Vorsitzende: „Da haben wir ja die Verbreitung! Sie sind doch damit von Haus zu Haus gegangen, also haben Sie sie doch öffentlich verbreitet. Sie denken wohl, Sie können Ihre Schriften immer so im Stillen verbreiten, daß niemand was erfährt davon?“ Das Urtheil des Landgerichts, dessen Entscheidung angezweifelt werden wird, dürfte dem Vorsitzenden des Spremberger Schöffengerichts wohl klar machen, daß zum Begriff der öffentlichen Verbreitung mehr gehört, als das Verbreiten von Haus zu Haus.

Die Parteigenossen Dr. Winter und Dylong aus Königshütte, Pientka aus Domb. Rose und Kaczynski aus Kattowitz und der Gastwirth Hamburgger aus Kattowitz hatten sich am 10. Januar vor dem Schöffengericht in Kattowitz wegen einer angeblichen Uebertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu verantworten. Am 8. Oktober v. J. sollen die ersten fünf Angeklagten eine unangemeldete Versammlung abgehalten haben, wo öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien. Hamburgger soll zu dieser unangemeldeten Versammlung den Platz eingeräumt haben. Keiner der Angeklagten war sich der angegebenen Uebertretung bewußt, die Aussagen der meisten Zeugen — im ganzen wurden sieben vernommen — stimmten mit den Aussagen der Angeklagten überein, dagegen suchten zwei Zeugen, der Polizeiwachmeister Stealka und der Oberwachmeister Jagdhuhn, beide aus Kattowitz, viel Befahrenes anzufügen. Beide mußten aber zugeben, daß ihre Aussagen nicht auf eigener Wahrnehmung, sondern auf den Mittheilungen eines Gewährsmannes beruhten, den sie nicht nennen durften. Die Sache wurde vertagt. Da der Wintermann der

Polizei einigen Angeklagten zufällig bekannt ist, wird er in der nächsten Verhandlung erscheinen.

Als sich im sächsischen Landtage unsere Genossen im Monat November vorigen Jahres beschwerten, daß der Reichstags-Abgeordnete Hofmann aus Chemnitz fast in keinem Orte seines Wahlkreises Kirchberg-Muerbach öffentlich reden dürfe, weil er schon bestraft sei, da sagte der Minister v. Metzsch in nicht mißzuverstehender Weise Abhilfe zu. Er erklärte, es sei den Behörden eine bezügliche Verordnung zugegangen. Dennoch hat, wie aus dem „Sächsischen Volksblatt“ zu ersehen ist, Abg. Hofmann in der Volksversammlung, die am letzten Sonntag in Naara bei Wilsau abgehalten wurde und wo er über die Thätigkeit des Reichstags referiren sollte, abermals nicht zu seinen Wählern sprechen dürfen. Der überwachende Beamte verbot ihm die Berichterstattung. Die Versammlung durfte auch nicht in den 3. Punkt der Tagesordnung, der „Diskussion“ laute, eintreten, weil diese Angabe zu unbestimmt sei. Die Beschwerde gegen das Verfahren des Beamten wird natürlich Erfolg haben, immerhin zeigt der Vorfall, daß die sächsische Regierung alle Uefache hätte, den Kampf um die Aufrechterhaltung der „Ordnung“ zunächst gegen die Polizei selbst zu führen, anstatt gegen die Arbeiter.

Außer den in gestriger Nummer erwähnten Strafen hat unser Nürnberger Bruderorgan, die „Fränkische Tagespost“, noch folgende zu verzeichnen gehabt: 2 Monate Gefängnis der Redakteur Gärtner wegen Beleidigung eines Postleiters; 20 M. Geldstrafe derselbe Genosse wegen Beleidigung eines Hirsch-Dunderianers; 50 M. Geldstrafe Redakteur Dehme wegen Beleidigung eines Magistratsraths in Färth; 2 1/2 Monate Gefängnis Redakteur Löwenstein wegen Beleidigung des Nürnberger Magistrats. Eine Freisprechung erzielte Genosse Dehme in einem Prozeß betreffend Nichtaufnahme einer Berichtigung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Eine „Protestversammlung“ der Eisenbahnbeamten und Arbeiter von Berlin und der Vororte soll, wie bereits mitgeteilt, am nächsten Donnerstag bei Kroll am Königsplatz stattfinden. Einberufen ist diese Versammlung von einer Anzahl Eisenbahnbeamten-Vereine und „protestirt“ soll werden gegen das Vorgehen des Eisenbahner-Verbandes in Hamburg. Einlaß ist nur den mit Eintrittskarten versehenen gestattet. Wie unter königlich preussischen Beamten derartige Protestbewegungen in Szene gesetzt werden, ist hinlänglich bekannt. Danach muß der Werth solcher Kundgebungen als ein recht geringer eingeschätzt werden. Und das um so mehr, als ja keiner der Beamten oder Arbeiter bei Strafe sofortiger Wahrungseinstellung seine wahre Ueberzeugung zum Ausdruck bringen dürfte. Die eingeladenen Beamten und Arbeiter, die bei Kroll nach dem Willen ihrer Vorgesetzten demonstrieren sollen, werden daher gut thun, die Arrangements unter sich allein zu lassen. Denjenigen aber, die der samsonischen Protestversammlung beizuwohnen müssen, ist nur zu rathen, sich dort jedweder Segendemonstration zu enthalten und nicht das Wort zu ergreifen. Sie würden damit nur sich selbst schädigen, ohne ihrer Sache auch nur den geringsten Nutzen zu bringen.

Achtung, Parteibodenleger! Wegen der heute Abend stattfindenden Vertrauensmänner-Versammlung findet die zu heute Abend angesagte Versammlung der Parteibodenleger erst am Montag, den 17. Januar bei Schöning, Köpcke-Str. 68, statt. Die Kommission.

Deutsches Reich.

Ueber die Beilegung des Streiks in der Meyer'schen Schuhfabrik in Bremen wird gemeldet: Die Differenz, welche bei Ausbruch des Streiks bei schwarzer Arbeit 1/2 Pf. betrug, ist seitens des Herrn Meyer beglichen worden. Bei gelber Arbeit betrug die Differenz 1 Pf. Hier wurde beiderseits 1/2 Pf. nachgegeben, womit auch dieser Streitpunkt geschlichtet war. Einige weitere Punkte, unter anderem das Wahrungseinstellung nicht stattfinden sollen, ferner, daß ein Arbeiterauschuss für die Fabrik eingesetzt werden soll etc. wurden seitens des Fabrikanten anerkannt. Dieses Resultat wurde der Versammlung der Streikenden mitgeteilt, die sich denn auch einstimmig mit den getroffenen Abmachungen einverstanden erklärten. Damit ist der Streik beendet und ist am Montag die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Die Arbeiter der Weberei von Riebig u. Meyer in Elsterberg, denen, wie wir gestern mittheilten, eine Lohnreduktion angekündigt war, haben einmüthig beschlossen, gegen diese Zumuthung Front zu machen. Sie ließen der Firma eine Erklärung überreichen, in welcher gesagt wurde, daß schon die jetzigen Löhne in keinem Verhältnis mehr zu den Lebensmittelpreisen stehen und daß sie bereit seien, wenn die Aufträge nur spärlich vorliegen, eine längere Arbeitszeit einzuführen. In der Unterhandlung erzielten die Arbeiter das Zugeständniß, daß zunächst nur die Hälfte der angekündigten Lohnherabsetzung durchgeführt wird, auch soll auf Wunsch der Arbeiter der nunmehr gültige Lohn, falls auch die Konkurrenz ein gleiches thut, in den Betriebsräumen ausgehängt werden. Da die Angelegenheit noch nicht völlig erledigt ist, bitten die Arbeiter, den Jung von Weberei und Spinnerei nach Elsterberg fernzuhalten.

Ueber die Arbeiter-Organisationen in Baden enthält das „Statistische Jahrbuch für Baden“, dessen vor einigen Tagen erschienenen 28. Jahrgang das Jahr 1895 und zum Theil auch 1896 umfaßt, interessante Nachweise, welche sich jedoch nur auf das Jahr 1895 beschränken.

Nach der Berufszählung vom 14. Juni 1895 waren in der Berufsabtheilung Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Industrie und Bauwesen 216 930, darunter 53 645 weibliche Arbeitnehmer beschäftigt. Von diesen sind nun im ganzen nur 25 894 Mitglieder (320 weibliche) einer Arbeiterorganisation. Das Jahrbuch führt 8 Gattungen von Organisationen auf, darunter 3, den Werkmeistervereine mit 1189, die Lokalorganisationen der Gewerkschaften mit 6689 und die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine mit 2508 Mitgliedern, welche nur Arbeitnehmer zu Mitgliedern haben, während die katholischen Arbeitervereine unter ihren 5173 Mitgliedern nur 4707, die katholischen Gesellenvereine unter 7472 nur 3030, die evangelischen Arbeitervereine unter 2979 nur 1971, die sonstigen Arbeiterorganisationen unter 2092 nur 1881 und die gleichfalls hierhergezählten Arbeiter-Bildungsvereine unter 6042 Mitgliedern nur 3727 Arbeitnehmer aufzuweisen haben. Nach dieser Statistik hätten also die konfessionellen Arbeiter-Verbände fast dieselbe Arbeiterzahl zu Mitgliedern wie die Gewerkschaften und die Gewerksvereine zusammen. Das hat sich indessen in den Jahren 1896 und 1897 geändert. Die Gewerkschaften in Baden haben sich in diesen beiden Jahren um eine Reihe von Organisationen vermehrt und die schon bestehenden haben ihre Organisation nicht nur auf kleinere Orte ausgedehnt, sondern sich in vielen Städten an Mitgliederzahl nahezu verdoppelt, so daß die Gewerkschaftsorganisation in Baden mit Ende 1897 mindestens über 9000, wenn nicht über 10 000 Mitglieder zählt. Dazu kommt noch, daß in den Gewerkschaften jeder Mann nur einer Fachorganisationsangehöriger, während erfahrungsgemäß in der ultramontanen Organisation ein und derselbe Arbeiter sehr oft sowohl einem sogenannten Arbeiterverein wie einem Gesellenverein angehört, in der Statistik also doppelt gezählt wird. Wir können heute schon die Versicherung abgeben, daß die spätere Statistik für 1897 andeuten wird, daß die Gewerkschaften Baden's allein mehr Mitglieder haben, als die sammtlichen konfessionellen Arbeiterorganisationen zusammengezogen und daß vielleicht schon im nächsten Jahre den letzteren auch noch die Hirsch-Dunder'schen hinzugezählt werden müssen, wenn die nicht-sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen an die Gewerkschaften in der Mitgliederzahl noch heranreichen wollen.

Ungarn.

Ein Gewerkschaftsrath für Ungarn ist am vergangenen Sonntag in Budapest von den dortigen Gewerkschaften errichtet worden. Diese Körperschaft soll in wesentlichen dieselben Aufgaben erfüllen, wie die Generalcommission der deutschen Gewerkschaften. Vom Kampf der englischen Maschinenbauer ist heute nur soviel zu berichten, daß so ziemlich alles beim alten ist. Von den

Unternehmern, die dem Verbands angehören, ist bisher noch keiner zu einer Verständigung mit den Arbeitern gelangt, dagegen soll eine Midland-Firma im Begriff stehen, sich mit ihren Arbeitern auf eine 51 Stundenwoche hin zu einigen. Die Admiralität hat in ihrem Werkstätten zu Devonport gegen 70 Maschinenbauer eingestellt. In Wigan, Rochdale, Preston, Leeds, Sheffield und Liverpool sind weitere Kündigungen von Arbeitern erfolgt, während in Glasgow einem Wolk'schen Telegramm zufolge eine große Anzahl Maschinenbauarbeiter die Wiedereinstellung beantragt habe. — Der letzte Sonnabend allein brachte den Maschinenbauern 1600 Pfd. Sterling Unterstufungsgelder; bei der Generalcommission der deutschen Gewerkschaften gingen in der Woche, die am 8. Januar endete, 5194,62 M. ein.

Unternehmer-Verbände.

Die galizischen Ländwaarenfabriken in Stry, Stolin, Stanislaw, Wolchow und Kolomen haben ein Kartell abgeschlossen. Als Zweck der Vereinigung wird die Vermeidung der Ueberproduktion bezeichnet.

Vom amerikanischen Weizenmarkt. Herr Josef Reiter, der bekannte Chicagoer Großspekulant, soll nach dem „Standard“ seinen ganzen Besitz an Weizen den bedeutenden Exportfirmen Dreysfus u. Co. in New-York und Gill u. Fischer in Baltimore verkauft haben. — Eine Schätzung des Sachverständigen Thoman geht dahin, daß von der gegenwärtigen Ernte sich noch 41 pCt. in den Händen der Farmer befinden, sodas also die Eisenbahnen noch große Transporte zu erwarten haben. Das Areal der nächsten Ernte ist um 11 pCt. größer.

Soziales.

Die städtische Beschäftigung von Arbeitslosen wird in Offenbach a. M. als Almosen gewerthet. Die für die Arbeitslosen angeworfene Summe ist von der Gemeinde-Verwaltung auch diesmal in das Armenbudget eingestellt, und zwar in Höhe von 30 000 M. Unser Parteigenosse Ulrich beantragte nun in der letzten Sitzung der Stadtverordneten, daß diese 30 000 Mark unter der besonderen Rubrik „für Beschäftigung Arbeitsloser“ dem Bauamt zur Verfügung gestellt würden. Die nationalliberale Mehrheit — schreibt das „Offenbacher Abendblatt“ — blieb unter Führung des Herrn Oberbürgermeisters Brink und des Kommerzienraths Heyne hartnäckig auf ihrem alten Standpunkt stehen — sie wollen, daß die städtischen Arbeiter, die aus den 30 000 M. für ihre der Stadt geleistete Arbeit bezahlt werden, als Almosenempfänger gelten. Sie wollen das, trotzdem selbst einer der ihrigen, Herr Müller, einen Fall ausführt, wonach ein Arbeiter nicht einmal das Recht des Rentenbezugs aus der Invaliditäts- und Altersversicherung erlangen konnte, weil er trotz seiner Arbeit nicht als Arbeiter bezahlt werde, sondern als Almosenempfänger Armenunterstützung erhalte.

Die Handlungsweise der nationalliberalen Mehrheit des Offenbacher Stadtverordneten-Kollegiums entspricht ganz dem Standpunkte des vulgären Liberalismus, der für die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise günstigstenfalls nur die Annehmlichkeiten des Armenhauses übrig hat. Gerade seiner Borntheit in der Arbeiterfrage hat es der Liberalismus mit zuzuschreiben, daß er seinen Einfluß auf die Volksmassen verlor.

Die Einwohnergemeinde Schaffhausen in der Schweiz hat den Beschluß gefaßt, daß in Zukunft die Stadt den Schmutz derjenigen Gräber übernehmen solle, die eines solchen entbehren. Sehr lobenswerth dieser Sozialismus für die Toten, aber noch lobenswerther wäre er für die Lebenden, bemerkt hierzu die „Arbeiterstimme“.

Berichts-Zeitung.

Barbarische Mißhandlungen ihres Kindes hatte sich die Arbeiter-Gefrau J. da Hassenstein zu schulden kommen lassen, welche gestern dieferhalb vor der 182. Abtheilung des Schöffengerichts stand. Die Angeklagte hat ein jetzt 13 Jahre altes Mädchen mit in die Ehe gebracht. Es war ihr ein Dorn im Auge und sie ließ sich ihm gegenüber zu Mißhandlungen und Quälereien hinreißen, welche jeder Beschreibung spotten. Eine gewöhnliche Art der Züchtigung bestand darin, daß die Angeklagte ihrem Kinde die Beine zusammenband, es so über das Bett legte, daß es mit dem Gesicht in der Federbede lag und dann den entblößten Unterkörper mittels eines dicken Stockes bearbeitete. Einmal ging das Mädchen mit einer tiefen Wunde im Kopfe herum, die Angeklagte hatte es mit einem Feuerhaken verlegt. Die Jungen belanden, daß sie das Kind wiederholt, vor Kälte halb erstarrt, des Morgens auf dem Kloset gefunden hatten, es gab an, daß es die ganze Nacht dort zugebracht habe, die Mutter habe es Abends zuvor unter Schlägen und Schimpfen zur Wohnung hinausgeschleppt. Als die Polizei sich des Mädchens annahm und es im Waisenhaus unterbrachte, mußte es erst in ärztliche Behandlung gegeben werden und es hat lange gedauert, bis die äußeren Spuren der unmenschlichen Behandlung verschwunden waren.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnißstrafe von neun Monaten. Die Bestie wurde vom Gericht mit der Milde behandelt, die in solchen Fällen mehrfach beobachtet worden ist. Der Gerichtshof berücksichtigte die bisherige Unbescholtenheit des unmenschlichen Weibes und beließ es bei einer Gefängnißstrafe von drei Monaten!

Entziehung des Fahrscheins. Einem Droschkenkutscher wurde vom hiesigen Polizeipräsidenten der Fahrschein entzogen, weil er wegen Betruges zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt worden war. Er klagte darauf gegen den Polizeipräsidenten beim Bezirksauschuss und beantragte, die Verfügung des Beklagten aufzuheben. Das Gericht stellte aus dem Strafurtheil fest, daß der Kläger unter der Vorpiegelung, er habe Geld auf der Sparrasse, einen Gastwirth zur Hergabe zweier Zettelchen bewegt habe. Hierin erblidete der Strafrichter einen Betrug. Der Bezirksauschuss wies den Kläger ab. Dieser legte dann Vernehmung ein und machte geltend, er habe sich das Geld in der Absicht geben lassen, es auf Heller und Pfennig zurückzahlen. Einem Betruges habe er sich durchaus nicht schuldig machen wollen und thatsächlich habe er auch ratenweise seine Schuld getilgt. Nur die unangünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hätten die Rückgabe des Geldes verzögert. Das Ober-Verwaltungsgericht wies seine Klage jedoch ebenfalls ab. Es führte aus, es dürfe nicht nachprüfen, ob die Entziehung des Fahrscheins durchaus notwendig gewesen sei. Es könne nur prüfen, ob der Polizeipräsident dazu ein Recht gehabt habe. Nach dem Reglement für das Droschkenführwesen sei die Behörde aber dann zur Entziehung des Fahrscheins berechtigt, wenn ein Droschkenkutscher wegen Betruges bestraft sei. Der Kläger könne also den Fahrschein nur durch den Polizeipräsidenten erlangen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Amberg, 11. Januar. (W. Z. B.) Der „Amberger Volkszeitung“ zufolge ist heute Nacht die Mutter des Bischofs Nger im Alter von 73 Jahren plötzlich gestorben.

Prag, 11. Januar. (W. Z. B.) Der Gesellenklub erklärte sich mit der von dem Großgrundbesitzer ausgearbeiteten Sprochverordnung, nach welcher das Prinzip der dreisprachigen Wiederung Wählers durchgeführt werden soll, einverstanden. (W. Z. B.)

Paris, 11. Januar. (W. Z. B.) General Sausier ertheilte den Vertretern der Pariser und der auswärtigen Presse die Erlaubnis, sich im Nebenzimmer des Gerichtssaales anzuhalten. Heute Nachmittag wurden drei Sachverständige verhört. Wie es heißt, soll Graf Esterhazy heute Enthüllungen von großer Wichtigkeit gemacht haben. Das Urtheil wird wahrscheinlich noch heute Nacht gesprochen.

Paris, 11. Januar. (W. Z. B.) Das Kriegsgesicht hat Major Esterhazy freigesprochen.

Paris, 11. Januar. (W. Z. B.) Frau Jossroy d'Abbas und ihr Gekleiber sind wegen Erpressungsversuchs verhaftet worden.

Personierung sämtlicher besoldeten Magistratsmitglieder soll sich nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung richten, die Berechnung der Dienstjahre besonderer Vereinbarung vorbehalten bleiben. Bemerkenswert ist noch eine Bestimmung, welche sich auf eine etwaige Einverleibung der Stadt Schöneberg in Berlin bezieht, weil daraus hervorgeht, daß auch die Stadtverordneten Schönebergs mit der nach wie vor notwendigen Einverleibung rechnen. Nach den Vorschriften des Ausschusses sollen sich nämlich die besoldeten Magistratsmitglieder verpflichten, bei einer etwa stattfindenden Einverleibung der Stadt in Berlin eine Magistratsstelle in Berlin anzunehmen. Endlich hatte der Ausschuss beantragt, die Zahl der unbesoldeten Stadtratsstellen auf acht festzusetzen. Diese Ausschussanträge wurden angenommen, und außerdem wurde beschlossen, die Ausschreibung der besoldeten Stadtratsstellen zum 31. d. M. zu bewirken.

Die Gemeindebeamten von Groß-Lichterfelde waren, wie wir kürzlich mittheilten, mit wenigen Ausnahmen um eine Gehaltsaufbesserung einkommen. Daraufhin hat nun die Gemeindeverwaltung Auszüge aus den Personalakten dieser Beamten herstellen lassen, um aus ihrem Bildungs- und Entwicklungsgange ein Urtheil über das Bedürfnis einer Gehaltsaufbesserung zu gewinnen. Die Beamten meinen aber wohl nicht mit Unrecht, es wäre einfacher und billiger, ihre jetzigen Leistungen zu betrachten.

Jahrelange Wandlbeschäfte sind in der letzten Zeit in Groß-Lichterfelde verübt worden. Die Spitzhuden haben es namentlich auf verwerfliches Metall abgesehen. Die Arbeit ist ihnen dadurch ziemlich leicht gemacht, daß es keine sicheren Bauzäune und keine Bauwächter giebt. Die Ortspolizei aber ist zu schwach, um die Baupläge regelmäßig zu kontrollieren.

Soziale Rechtspflege.

Det is 'n janz Noth'er! Der ziemlich bejahrte Erdarbeiter Schiller hatte den Liebbaunternehmer Ahmus wegen Nichtinhaltung der geschwägigen Kündigungfrist bei dem hiesigen Gewerbegericht verklagt und beantragte 36 M. Entschädigung. Der Fall, welcher am Montag vor der Kammer III zur Verhandlung kam, kam schließlich durch Vergleich zur Erledigung, indem sich die Inhaber der Firma — Herr Ahmus sen. und sein 23jähriger Sohn waren zur Stelle — mit dem Kläger dahin einigten, an diesen 18 M. zu zahlen. Bevor jedoch der Gerichtshof sich zur Verurteilung äußerte, glaubte Ahmus der Jüngere den Kläger durch eine ganz überflüssige Bemerkung dem Gerichtshof empfehlen zu sollen. Am Schlusse seiner Ausführungen, die er zur Sache machte, sagte er zu bemerken: Det is 'n janz Noth'er! Der alte Mann schien diese Aeußerung überhört, oder was noch wahrscheinlicher ist, überhaupt nicht verstanden zu haben. Der Vorsitzende, Gerichtsassessor Dr. Werth, nahm aber Veranlassung, Herr Ahmus jun. auf seine Ungezogenheit in energischem Tone aufmerksam zu machen, und kündigte ihm an, daß er ihn in Strafe nehmen werde. Bestraft wurde zwar der jugendliche Unternehmer nicht, indessen dürfte die Verurteilung desselben durch den Vorsitzenden ihren Zweck nicht verfehlt haben. Vorkommnisse dieser Art vor dem Gewerbegericht gehören nun freilich zu den Seltenheiten, aber man kann sie auch, wo sie nur vorkommen, nicht scharf genug öffentlich brandmarken.

Gerichts-Beitrag.

Der Kampf gegen die Abonnements-Einladungen sozialdemokratischer Blätter, den die Staatsanwaltschaft im Gefegenen Preußen seit Jahresfrist mit so lebhaftem Bemühen geführt hat, ist endlich von einigem Erfolg gekrönt worden. Wie so oft schon, war es auch in diesem Falle wieder das zum beträchtlichen Theile aus früheren Staatsanwälten zusammengesetzte Kammergericht, das die Strafbarkeit von Handlungen herausfand, die von den der Sozialdemokratie doch wahrlich ebenfalls nicht grün gestimmten unteren Instanzen bisher noch nicht erdacht war. Der Fall, um den es sich hier handelt, liegt folgendermaßen: Unser Parteigenosse B. hatte im Mai 1897 in Stettin Probenummern unseres dortigen Bruderorgans, des „Stettiner Volksboten“ vertheilt. Er wurde daraufhin angeklagt, die berühmten §§ 10 und 41 des reaktionären preussischen Preßgesetzes verletzt zu haben. Die Staatsanwaltschaft machte geltend, § 10 des preussischen Preßgesetzes sei noch insoweit rechtsgültig, als er sich auf das öffentliche unentgeltliche Vertheilen von Bekanntmachungen, Plakaten und Kupfren erstreckt. Diese Handlungen seien daher ohne vorherige polizeiliche Erlaubnis verboten. Die betreffende Probenummer enthalte nun einen Aufruf in der längeren Abonnementaufforderung und deshalb müsse B. bestraft werden; er sei nicht im Besitze der polizeilichen Erlaubnis gewesen. Das Schöffengericht sprach jedoch den Angeklagten frei und die fünfte Strafkammer des Landgerichts Stettin verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft als unbegründet. Die Strafkammer nahm an, daß der fragliche, zwei Spalten der ersten Seite füllende Artikel, der das Abonnement des „Volksboten“ empfiehlt, aber den Rahmen einer gewöhnlichen Abonnements-Einladung hinausgeht, dessenachtet aber noch keinen Aufruf darstelle. Ein Aufruf sei eine an die Öffentlichkeit gerichtete Aufforderung zu bestimmten Handlungen. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein und betonte, daß hier eine Aufforderung vorliege. Es werde nämlich dazu aufgefordert, zielbewußt für die Sozialdemokratie einzutreten. Der Strafsenat des Kammergerichts hob denn auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zu anderweitiger Erledigung in die Vorinstanz zurück. Die Strafkammer habe den Begriff des Aufrufs im Sinne des § 10 des preussischen Preßgesetzes verkannt. Wenn in der Zeitung an sämtliche Arbeiterfamilien die dringende Aufforderung gerichtet werde, sich dem Leserkreise des „Volksboten“ anzuschließen, dann sei das ein Aufruf, d. h. eine an einen unbestimmten Personenkreis gerichtete Aufforderung etwas zu thun. Ob die Aufforderung im wirtschaftlichen Interesse der Zeitung notwendig war, sei für den Thatbestand gleichgültig. Das Landgericht wird nunmehr wahrscheinlich nicht umhin können, den Vertheiler der Abonnements-Einladung zu verurtheilen. Damit wäre dann die lange Reihe der keinen Maßregeln, mit denen die Sozialdemokratie von den Organen der Regierung bekämpft und womöglich mausetodt gemacht werden soll, abermals um eine Nummer completirt worden. Die betrieblige Kampfmittel auf das Asehen der Regierung einwirken, ist bekannt, und ebenfalls weiß jedermann, der Augen und Ohren offen hält, daß ein solcher Kampf für Ordnung, Religion und Sitte der Sozialdemokratie ausgezeichnete Dienste leistet. Vorab wird nicht daran zu denken sein, daß die maßgebenden Kreise ihre respektiven Anschauungen über den Werth des Kleinkrieges gegen die Sozialdemokratie ändern. Somit ist weiter zu hoffen, daß uns auch fortan an solchen Anlässen immer neue Mittelpunkte zugeführt werden. Die kleinen Nadelstiche, die dieser Krieg mit sich bringt, müssen wir mit in den Kauf nehmen. Sie sind in den meisten Fällen auch leichter zu pariren, als unsere Feinde denken.

Das Urtheil in der Privatbeleidigungssache des früheren Ober-Postassistenten Thier gegen den Geh. Ober-Postrath Dr. Spilling, das vom hiesigen Landgericht II gefällt wurde, unterlag gestern der Nachprüfung des Kammergerichts. Der Privatkläger war seinerzeit im Wege des Disziplinarverfahrens strafverurteilt und ebendeshalb zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Er gab sich damit aber nicht zufrieden, sondern beantragte beim Reichs-Lanzler die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens. Der Antrag wurde zurückgewiesen. Darauf richtete Thier eine Petition an den Reichstag, die demnachst der Petitionskommission zur Erledigung überwiesen wurde. Für die Verhandlung wurde der beklagte Geh. Ober-Postrath Dr. Spilling zum Staatskommissar ernannt. Zur Reueführung aufgefordert, gebrauchte er die Wendung, Thier sei ein „Mauvais sujet“. Thier lächelte sich durch dies Wort, das auf gut Deutsch schlechter Kerl, lächerlicher Bursche bedeutet, beleidigt und verklagte den Ober-Postrath. Das Schöffengericht in Charlottenburg wies die Klage ab und das Landgericht II verwarf die Berufung gegen das Urtheil. Das Landgericht nahm mit dem Schöffengericht an, daß dem Angeklagten Dr. Spilling der Schuß des § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite stehe. Die fragliche Aeußerung sei in Wahrnehmung berechtigter Interessen geübt worden. In dem Ausdruck sei auch nicht das Schimpfwort „Jupp“ enthalten, wie der Kläger annehme. Auch gehe aus der Form der Aeußerung und aus den Umständen, unter denen sie fiel, die Absicht der Beleidigung nicht hervor. Thier legte hiergegen die Revision ein und machte geltend, der Vorderrichter verwechsle die Begriffe „in Wahrnehmung berechtigter Interessen“ und „bei Gelegenheit berechtigter Interessen“. Mit der Aeußerung seien berechnete Interessen nicht vertreten worden. Die Absicht der Beleidigung gehe auch aus der gebrauchten Form und den obwaltenden Umständen hervor. Das Kammergericht wies die Revision als unbegründet zurück. Der Berufungsrichter habe ohne Rechtsirrtum dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zugestimmt. Die Feststellung des Landgerichts, daß weder aus der Form noch aus den Umständen die Absicht der Beleidigung hervorgehe, sei für das Revisionsgericht bindend. Für das Kammergericht sei auch nicht maßgebend, daß andere Gerichte den beanstandeten Ausdruck bereits für eine Beleidigung erklärt hätten.

Diebstähle an Eisenbahngütern fielen dem Lademeister Hermann Borgwald zur Last, der gestern in Gemeinschaft mit zwei Mitangeklagten vor den Schranken der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte war lange Zeit Lademeister auf dem Schlesischen Güterbahnhofe und soll in letzter Zeit dem Schnapstausch verfallen gewesen sein. Der Schlesische Güterbahnhof ist die Haupt-Engerstation für den gesammten Oberhandel. Schon seit geraumer Zeit sind Klagen darüber laut geworden, daß Diebstahle erbrochen und ihres Inhalts beraubt worden seien. Trotz aller Aufmerksamkeit gelang es lange Zeit nicht, den Spitzhuden zu entdecken, bis er schließlich in der Person des Angeklagten zur Untersuchungshaft gebracht wurde. Er war bis dahin ganz gehässig, gestern im Verhandlungstermin kam er plötzlich mit einem Einwand, der neuerdings Mode geworden ist: er behauptete, geisteskrank zu sein und nicht zu wissen, er wie eigentlich zu den strafbaren Handlungen gekommen sei. Er wies durch seinen Verteidiger darauf hin, daß er einmal einen Unfall erlitten und dabei eine Schädelverletzung erlitten habe und berief sich auf Mißgeschick, daß er in Untersuchungsgesängnis wiederholt Selbstmordversuche gehabt habe. Obwohl der Vorsitzende auf das Gefährliche dieses Einwandes aufmerksam machte und die Vermuthung aussprach, daß die angeblichen Selbstmordversuche vermuthlich nur die Folgen der Entziehung des Alkohols gewesen sein dürften, verblieb der Angeklagte bei seinem Antrage. Zuerst über die von ihm behaupteten Thatsachen zu vernehmen. Der Gerichtshof beschloß, diese Zeugen vorzuladen und den Gefängnisarzt Dr. Döring darüber zu vernehmen, ob er den Antrag stelle, den Angeklagten zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes der Irrenanstalt zu überweisen.

Ein kriegsgerichtliches Urtheil, das schon vor längerer Zeit gegen Rausschafften des Eisenbahn-Regiments Nr. II und der Lustschiffer-Abtheilung gefällt worden ist, wird erst jetzt näher bekannt. Es handelt sich um eine Vergewaltigung des Dienstmädchens eines hiesigen Professors auf dem Tempelhofer Felde, von der sechs Mann, vier Eisenbahnarbeiter und zwei Lustschiffer beteiligt waren. Nachdem der Professor das Verbrechen angezeigt hatte, meldeten sich als Thäter freiwillig zwei Eisenbahnarbeiter und ein Lustschiffer. Diese drei sind mit einem Jahr und einem Monat Festung bestraft worden. Die anderen drei haben zwei Jahre Zuchthaus bekommen, unter ihnen auch der Bräutigam des Mädchens, der von vornherein als Mitthäter bekannt war.

Veranstaltungen.

Die National-Sozialen im ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Am Montag tagte in der Louisa eine von etwa 1000 Personen besuchte Volksversammlung, die den Kandidaten Tischenbörfer als Reichstags-Kandidaten für den ersten Wahlkreis anstellte. Wie Herr Kaumann in seinem einleitenden Referat ausführte, soll diese Kandidatur zunächst der Propaganda dienen, doch rechnen seine Freunde stark darauf, ihren Kandidaten in die Stichwahl zu bringen und dann als Sieger aus der Urne hervorgehen zu sehen. Eine national-soziale Kandidatur erheine, wenn man die Vergangenheit Berlins betrachte, auf den ersten Blick

nicht sehr aussichtsreich. Berlin habe bisher, obgleich es dem Umstande, daß es Hauptstadt Preußens und Deutschlands ist, seine Größe zu danken habe, und mit seinem König groß geworden sei, doch im Gegensatz zu diesem gefunden und sich zur negierenden radikalen Opposition gehalten. Dieser Umstand erkläre sich dadurch, daß der Zug nach Berlin wesentlich aus jenen Volksschichten komme, die in den östlichen Provinzen seit Generationen unter dem Druck der konservativen Großgrundbesitzer geandert, und nun — wie das unter Umständen stets zu sein pflege — nachdem sie auf anderen Boden verpflanzt, politisch radikal-negierend geworden sind. Ferner sei es das in Berlin herrschende starke Polizeiregiment und der Kampf in die Erscheinung tretende Unterschied in der Lebenshaltung der verschiedenen Gesellschaftsschichten, was die große Masse der negierenden Opposition in die Arme getrieben habe. Mehr infolge der Stimmung, als aus Ueberzeugung sei die Berliner Bevölkerung radikal. Die Geschichte zeige, daß die radikalen Oppositionsparteien, so berechtigt ihr Dasein von höheren Gesichtspunkten aus sein möge, für das Volk nichts Positives geleistet haben. Die Negation des linksliberalen Flügels gegenüber der Staatsmacht, seine ablehnende Haltung zu den Militärforderungen habe die liberale Partei gespalten und sei die Ursache ihrer jetzigen Bedeutungslosigkeit. Dasselbe Schicksal werde auch die Sozialdemokratie haben, denn sie habe zuviel von der negierenden Seite des Liberalismus übernommen. Nur diese Partei könne auf die inneren Verhältnisse des Reiches bestimmend einwirken, die sich auch Einfluß nach außen sichere, indem sie dem Staate die für die Vertretung seiner auswärtigen Interessen erforderlichen Nachmittel bewillige. Die Stärkung der Staatsmacht sei eine wirtschaftliche Nothwendigkeit und liege im Interesse der Arbeiter. Der Zwang der Verhältnisse werde an stelle des internationalen den nationalen Sozialismus setzen. Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur praktischen Politik gebe unaußhaltbar weiter. Die National-Sozialen wollten nicht den Versuch eines Nüchterns, sondern den einer gesunden Fortentwicklung machen, indem sie einen Bund des Volkes mit dem Kaiserthum anstreben. Zu einer Betrachtung der Wahlausichten im ersten Kreise übergehend, meinte Herr Kaumann, der merkwürdige Umstand, daß sich 1893 bei der Stichwahl zwischen Freisinn und Sozialdemokratie 8000 Wähler weniger betheiligten, wie an der Hauptwahl, daß ferner Herr v. Egldy ohne Parteiprogramm auf seine Person 1770 Stimmen vereinigen konnte, lasse darauf schließen, daß es im ersten Kreise sehr viele national gesinnte Wähler gebe, die von einer reinen Nationalpolitik nichts wissen wollen. Das sei ein für die National-Sozialen günstiger Umstand.

Hierauf hielt der Kandidat Herr Tischenbörfer eine längere Ansprache. Er betonte seine nationale und christliche Gesinnung, die ihm die Unterstützung von rechts sichern werde, andererseits erwarte er auch Stimmen von links, aus den Arbeiterkreisen, da er sowohl die Verhältnisse der Arbeiter wie der Handwerker aus eigener Erfahrung kenne. In der Diskussion polemisierten Jahn und Bösch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus gegen die Ausführungen Kaumanns, auch ein freisinniger Jüngling ließ sich vernehmen, der Eugen Richter und seine Partei gegen den schlimmen Verdacht republikanischer Gesinnung verteidigte.

Herr Tischenbörfer gab in seinem Schlusswort nicht nur den Konservativen, sondern auch den Sozialdemokraten den Rath, da sie doch keine Aussicht hätten ein Mandat zu erringen, so würden sie gut thun, Mühe und Kosten zu sparen und von vornherein für ihn zu stimmen.

Aus dem Munde eines „praktischen Politikers“ klingt die letztere Zustimmung recht sonderbar, wenn man bedenkt, daß die Sozialdemokratie 1893 im ersten Wahlkreise in die Stichwahl kam und mit 5200 gegen etwa 7000 Stimmen unterlag.

Arbeiter-Bildungsschule. Insehr. 16. v. 2. Tr. Unterrichtsstufe: in Rede- und Übung (über den Aufbau der Rede, Vortragsweise, Volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Grobhandel und Landmarkt; Kartellwesen, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schlichter Richard Gahr; in Geschichte (Schlesien und Westpreußen, 17. u. 18. Jahrh.) — Die Bibliothek ist an diesen Abenden von 7—9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Quart (10 Abende) 1 M., pro Jahr. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Schulen: Goethe-Schule, Schulstraße 40a; Paul-Panin-Schule, 42; Schiller-Volkshochschule, 57; Gerner, Wäckerstraße 78, u. in den Sonntag-Schulungen. Verleger: Paul W. & Co., SO, Wartenbergstr. 129; Raiffeisen, S. 2, Pfefferstraße 10.

Kandemanns Hof der Schleswig-Oldenburger. Heute Abend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung in G. Henrichs's Restauration, Alte Jakobstr. 78.

Theater- und Vergnügungs-Verein Belgeland. Sitzung heute Abend 8 1/2 Uhr Theater 144.

Verein für amnestische Heilweise. Charlottenburg, Tennishaus, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in „Wilmersdorfer“, Wilmersdorferstr. 39: Vortrag des praktischen Naturheilkundigen Grundmann über: Schlimm- und Recurrenzen, demonstrirt an großen Blatztischen.

Briefkasten der Redaktion.

Mittheilung, daß jeder Auftrag eine Briefe (zwei Nachhaken oder eine Zahl) ausmachen, unter der die Antwort erreicht werden soll.
Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.
Vorstand des Wahlvereins vom 2. Kreis. Durch ein bebauerliches Versehen ist die Notiz am Dienstag herausgegeben. Wir bitten um Entschuldigung.
G. R. 123. Die Dachstuhlbrände in Roßbit ereigneten sich vor etwa Jahresfrist.
G. R. 124. Besten Dank; zum Theil schon veröffentlicht. Vielleicht können Sie uns am Freitag einen Bericht bringen.
G. R. 125. Arndtstr. 34. 1. Den 7. Nov. 1890. 2. Deutschen und Rheinl. Wälder 1893. 3. Im Herbst 1893 in Berlin verhaftet, nach dreijähriger Unterdrückung zum Tode, dann zu dreijähriger Festungshaft verurtheilt; 1840 begnadigt.

Briefkasten der Expedition.

D. R., Drangelstraße. Die Annonce ist nach Manuscript gefügt.
Wetter-Prognose für Mittwoch, 12. Januar 1898. Zeitweilig aufklarend, vorwiegend u-belig bei schwachen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 13. Januar 1898, abends 8 1/2 Uhr, in den Remis-Gallen, Kommandantenstr. 20:
General-Versammlung.
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 4. Vorhändlungsarbeiten.
Die Sachstellen befinden sich bei folgenden Gewissen: **Wiltz, Börner, Ragarrenschmidt, Ritter, 15. Grotz, Schulz, Ragarrenschmidt, Wilmersstr. 40a, Schmidt, Wilmersstr. 88, Emil Götze, Brandenburgerstr. 18, Wiltz, Simeonstr. 23, Vier, Alte Jakobstr. 119.**
Billets zum Stiftungsfest sind in der Versammlung zu haben.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung im „Schützenhause“, Lindenstrasse No. 5.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Nassenbach** über: „Rein Deutsches für die Würgergefallen?“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines zweiten Kassiers. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse.
Alle willkommen.
Um zahlreichem Besuch bitten
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Cohn, Beuthstr. 20/21:**
Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.
Tages-Ordnung:
Unsere Gewerkschaft, wie sie ist und wie sie sein soll. Werkstätten-Streik und Differenzen. Verbandsangelegenheiten. Ausgabe des Jahresberichts.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Der Ortsverwaltung.
Zentral-Verband der Töpfer, Ziegler und Berufsgeossen Deutschlands (Zentrale Berlin).
Donnerstag, den 13. Januar, abends 6 Uhr, bei **Herrn Buske, Grenadierstr. 33:**
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Naturwissenschaftlicher Vortrag. **Herr Dr. Wollheim.** 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 3. Gemeindefachliches.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes einzelnen Kollegen zu erscheinen.
Der Filial-Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).
Donnerstag, 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im **Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:**
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Herrmann Faber** über: Die Bildungs-Bestrebungen der Arbeiter? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschlüsse. — Gäste willkommen. 64/1.
Zahlreicher Besuch erwartet.
Die Bevollmächtigten.
Mechaniker und Uhrmacher. Konferenz der Vertrauensmänner
am Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, bei **Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.**
Es ist Pflicht der Kollegen jeder Werkstatt, zu dieser Konferenz einen Kollegen zu entsenden.
Der Vertrauensmann.
Genossen, welche gemäß sind, einem älteren Gesangsverein (Mitglied d. U.-S.-V.) beizutreten, können sich melden d. **Hilgenfeld, Beuthstr. 60.** Uebungsstunden jeden Donnerstag.
Möbel-Kaufhaus für jeden annehmbar. **Preis-Gr. Hamburgerstr. 37, I.**
Schlichtstube u. 15 Pf. an, **Dresdenerstr. 28** bei **Jimmernann.** [2637b]
4. Morg. Gartenb. rüthow, zu verp. **Näger, G. Kahlstr., Sorastr. 19.**
Infallischen, Klagen, Eingaben **Putzger, Zieglerstr. 65.**
1465b Künstliche Zähne etc.
C. Giedke, Streiberstr. 52.
Grünauerstr. 3, I. große Berliner Stuben-Rüche, 228 Str., [sof. od. später.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 12. Januar.
Opernhaus. Bajazzo. Cavalleria rusticana. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Coriolan. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die verunkelte Glocke. Anf. 7 1/2 Uhr.
Festung. Im weißen Rössl. Anf. 7 1/2 Uhr.
Berliner. Faust. Anf. 7 1/2 Uhr.
Goethe. Minna von Barnhelm. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Vogendräher. Anf. 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Die schöne Helena. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Registrator auf Reisen. Anf. 8 Uhr.
Reichens. Sein Trid. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Das Opferlamm. Anf. 7 1/2 Uhr.
Central. Berliner Hahnen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Paisen. Auf goldenem Boden. Anf. 8 Uhr.
Selle. Alliance. Anf. 8 Uhr.
Ostend. Der Verschwenker. Anf. 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Die kleinen Bagambunden. (Les deux gosses). Anf. 7 1/2 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verschwenker. Anf. 7 1/2 Uhr.
Urania. Lindenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr.
Zuvaldenstraße 57/52. Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

Urania.
Lindenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlänge.

Passage-Panopticum.
Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Zum Schluss: Illustrirtes Quodlibet in 12 lebenden Bildern.
Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlagen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Luisen-Theater.
34. Reichensbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Sollstüch mit Gesang in 5 Bildern von Wilhelm Herling.
Musik von Gustav Steffens.
Dora. Anna Müller - Linda.
Vollmann. Arthur Winkler.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Registrator auf Reisen.
Donnerstag, abends 8 Uhr, zum ersten Male: Der König.
Freitag, abends 8 Uhr: Der König.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh.
Auf allgemeinen Wunsch:
Der Verschwenker.
Romant. Gaudeamus in 3 Akten mit Gesang und Tanz von Hermann. Anf. 8 Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Freie Konzerte. Anf. des Konzerts 7 Uhr.
Donnerstag und Freitag: Der Verschwenker. Sonnabend: Leben und Lieben. Sonntag Nachmittag (keine Preise): Leben und Lieben. Sonntag Abend: Der Verschwenker.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Mittwoch, den 12. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 129. Male:
Berliner Fahrten.
Büchle Ausstellungspost mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannhardt.
Musik von Prof. Einödhofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Berliner Fahrten.

Gebr. Herrnfeld's
I. Original.
Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Kaufmann's Variété.
Täglich ausverkauft!
Heute und folgende Tage die Gebr. Herrnfeld'sche Novität
Familie Kochsalz
Vorher die reizende Operette **Gefährliche Jungen** und das ausserordentliche Spezialitäten-Ensemble. U. a.: William Schuff, Dr. Guido Steinitz, Amanda Nordstern, Geschwister Reubentisch.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Maehr's Theater.
Oranien-Strasse 24.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Die beiden Kompagnons Neu! und Die Verschwenker.
Reinhold Lange, Katha Leonardi, der beste Humorist, die schönste der Feiertage, Rollen-Soubrette.
Neu! Mr. Alfons, Neu! der bedeutendste Hand- und Fuß-Schneidemat.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Neues Olympia-Riesentheater.
(Circus Renz.) Täglich 8 Uhr abends: Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's „Constantinopel“
An Sonn- und Feiertagen: Zwei Vorstellungen.
(Nachmittags 1 Kind frei.)
Näheres siehe Anschlagstulen.

Volks-Theater.
Im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Neu! Neu!
Hahnemann & Hahnemann.
Schwan in einem Aufzuge.
Robiät! Robiät!
Die Regimentsnummer.
Urbroilige Pötte mit Gesang.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr.

Volks-Theater.
Im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Neu! Neu!
Hahnemann & Hahnemann.
Schwan in einem Aufzuge.
Robiät! Robiät!
Die Regimentsnummer.
Urbroilige Pötte mit Gesang.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast.
29 Burgstr. 29.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Das neue erfolgreiche Nieten-Programm.
Niagara. Könige aller Thurnschlauer.
Lühlsdorf mark. Eichen.
Cabaret. Grosse Lilliputaner Händchen.
Lebende Photographien.
Robiät! Um 9 1/2 Uhr: Robiät! Rich. Winkler und W. Fröbel in der neuesten Operetten-Parodie: Das radelnde Berlin.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage) Lindenstr. 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Borneobühnen-Parade-Kunststück.
Neu! Flotte Matrosen. Neu! Große Ausstattung-Operette in 1 Akt von G. Lindner.
Neu! Soubrette: Maul Die Liebe im Eckhaus.
Aufspiel in 2 Aufzügen v. H. Gosmar.
Auftritt sämtlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 9 Uhr.
Entree 30 Pf. Kleinvorl. 50 Pf. Vorgangsarten haben Gültigkeit.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 215. Dir. J. Glück.
Paul Spadoni. * Lina Goltz.
Desroches-Bianca.
Aurora-Troupe. * Spink-Spink.
Miss Bertholdi
Mr. Arras, Brook and Dunckam.
Carmen-Faur
Les 5 Royaux. * Sisters Norden.
Siegwart Gentes
u. s. w. u. s. w.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Concerthaus.
Leipzigstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Alle fünf Barrisons. Hebe Lene, Lene.
W. Noack's Theater.
Brunnen-Strasse 16.
Gente Mittwoch, 12. Januar 1898: Neu!
Doctor Wespe.
Aufspiel in 5 Aufzügen von Benedix.
Donnerstag:
Der Herr Stadtmagistrat und seine Kapelle.
Sollstüch mit Gesang in 5 Akten von Kneisel.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse).
Mittwoch, den 12. Januar 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Zaragoza.
Orig. Plauder-Schauspiel des Circus Busch, entnommen aus dem spanisch. Leben. Besonders hervorzuheben: Eine spanische Eisenbahn mit eintretender Katastrophe. Die Fahrt des Don Galoburno mit seiner Geliebten und seinem. Werden aus dem brennenden Schlosse. Ruhet dem: Erstes Auftreten des amerikanischen Parforceritters Hr. Rob. Whittaker. Die vorzüglichste Preisbedingung des Dir. Busch. Harmonische Orgel gest. von Gebr. Borghetti. Auftreten der berühmten Schauspielerin Mme. Doré, sowie des besten Schauspielers Herrn Footitt-Burghardt.
Morgen 7 1/2 Uhr: Zaragoza.

Mundt's Saal.
Hr. Ernst Gründer.
Königsplatz 100.
Fornsprecher Amt VII 39.
Täglich: Grosser Ball. *
Entree Herren 50 Pf. Damen 25 Pf. Garderobe.
Stoppdecken, Regulatoren, Betten, sportl. Reanberstr. 6, Plandi.

Konzert-Sanssouci.
Königsplatz Strasse Nr. 1a.
Dir. G. Pleyer.
Kritischer Leiter Prof. W. Schinger.
Großer Beifall!
Im Reiche der Sirenen.
Kunstausstellung mit Gesang und Tanz in 3 Bildern von Joh. Schner u. Jean Häcker.
Musik von Joh. Schner.
Neue Spezialitäten.
Sonntags Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Großer Ball.
Entree 50 Pf.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 30 Pf. *
Pass-partouts gef. *
Vorstellungen Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Lebende Hechte pro Pfund 60-70 Pf.
" Schleihe " 75 "
" Karpfen " 75 "
Prima frische Zander 40-50 "
" Schellfisch 20-25 "
" Cablian 25 "
Alle anderen Fischsorten in reichster Auswahl zu Ausnahmepreisen.
16. Dragonerstrasse 16.
Otto Gundermann, Fischgrosshandl.
- Täglicher Versand nach ausserhalb. -

Möbel-Tischlerei und Lager.
compl. Wohnungs-Einrichtungen empfiehlt in jeder Holz- und Stilart, vom einfachsten bis zu dem elegantesten, zu den billigsten Fabrikpreisen
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Zu erreichen mit allen Pferdebahnhöfen nach dem Rottfuser Thor. (40792)

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 16. Januar:
Ausschuss-Sitzung und Übungsstunde.
Siehe Näheres Annonce vom Sonntag, den 9. Januar. (16/2)
Der Vorstand.

Fachverein der Holz- u. Bretterträger.
Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ewald, Schönleinstr. 6:
Mitglieder = Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Bühnenbesuch erwartet.
Der Vorstand.
Die Mitgliederkarten zum nächsten Mal können in Empfang genommen werden. 84/1

Achtung! Schöneberg. Achtung!
Am Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Obst, Grunewaldstr. 110:
Oeffentl. Gewerkschaftsversammlung
sämtlicher Gewerkschaften Schönebergs.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees zu den am 20. ds. Mts. stattfindenden Gewerbegerichts-Wahlen. 202/3

Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Sonntag, den 15. Januar 1898:
Wiener Maskenball
veranstaltet von Mitgliedern der
Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler (Verwaltungsstelle Berlin C.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Billet à 50 Pf. sind auf allen Gaststellen der Kasse und bei Herrn Max Fritsch, Mittenwalderstr. 43 u. 1 zu haben. 182/1
Da der Ueberdruck für die Invaliden der Kasse bestimmt ist, er suchen wir um recht zahlreichem Besuch.
Das Komitee.

Zu Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 39.
am Donnerstag, den 13. Januar und in
Berlin N., Brauerei Königstadt,
Schönhauser Allee,
am Freitag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
spricht der Naturheilkundige **Grundmann** über:
Gehirn- und Nervenleiden
demonstrirt an großen Glas-Vorhängen.
Gäste, Frauen u. Männer willkommen. Eintritt 20 Pf.
Verein für Körper- u. Naturheilkunde.
Alexanderstr. 8. Sprich. v. 11-1, 6-8, Sonnt. v. 11-12.

Großer öffentlicher Vortrag
im Heilverein Kube
in Berlin N. (Wedding), Mühlrodt's Festsaal, Wäckerstr. 7
Freitag, den 14. Januar 1898
abends 8 1/2 Uhr spricht
Fräul. M. Kube, Naturheilkundige
über
Heirath und Ehe.
Wen darf ich heirathen? Welches sind die Grundbedingungen zu einer glücklichen Ehe?
Für Damen und Herren.

Unterstützungsverein der Kupferschmiede
Deutschlands.
Filiale Berlin.
Sonntag, den 15. Januar cr., abends 9 Uhr, Weinstr. 11:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
Wahl des Delegierten zur General-Versammlung in München. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. 99/1
Der Vorstand.

Cösliner Hof,
Cöslinerstr. 8 (Wedding).
Saal mit Plätze für 1000 Personen.
Am Februar sind nach Sonntage an Berlin zu vergeben. 61/17*

Winterpaletots Anglige, Remont- u. Ufren, sportlich Reanberstr. 6, Pfandleibe.
Zähne u. 2 Mart event. Theilzahlung.
Oiga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Lebende Hechte pro Pfund 60-70 Pf.
" Schleihe " 75 "
" Karpfen " 75 "
Prima frische Zander 40-50 "
" Schellfisch 20-25 "
" Cablian 25 "
Alle anderen Fischsorten in reichster Auswahl zu Ausnahmepreisen.
16. Dragonerstrasse 16.
Otto Gundermann, Fischgrosshandl.
- Täglicher Versand nach ausserhalb. -

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 16. Januar:
Ausschuss-Sitzung und Übungsstunde.
Siehe Näheres Annonce vom Sonntag, den 9. Januar. (16/2)
Der Vorstand.

Fachverein der Holz- u. Bretterträger.
Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ewald, Schönleinstr. 6:
Mitglieder = Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Bühnenbesuch erwartet.
Der Vorstand.
Die Mitgliederkarten zum nächsten Mal können in Empfang genommen werden. 84/1

Achtung! Schöneberg. Achtung!
Am Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Obst, Grunewaldstr. 110:
Oeffentl. Gewerkschaftsversammlung
sämtlicher Gewerkschaften Schönebergs.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees zu den am 20. ds. Mts. stattfindenden Gewerbegerichts-Wahlen. 202/3

Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Sonntag, den 15. Januar 1898:
Wiener Maskenball
veranstaltet von Mitgliedern der
Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler (Verwaltungsstelle Berlin C.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Billet à 50 Pf. sind auf allen Gaststellen der Kasse und bei Herrn Max Fritsch, Mittenwalderstr. 43 u. 1 zu haben. 182/1
Da der Ueberdruck für die Invaliden der Kasse bestimmt ist, er suchen wir um recht zahlreichem Besuch.
Das Komitee.

Zu Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 39.
am Donnerstag, den 13. Januar und in
Berlin N., Brauerei Königstadt,
Schönhauser Allee,
am Freitag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
spricht der Naturheilkundige **Grundmann** über:
Gehirn- und Nervenleiden
demonstrirt an großen Glas-Vorhängen.
Gäste, Frauen u. Männer willkommen. Eintritt 20 Pf.
Verein für Körper- u. Naturheilkunde.
Alexanderstr. 8. Sprich. v. 11-1, 6-8, Sonnt. v. 11-12.

Großer öffentlicher Vortrag
im Heilverein Kube
in Berlin N. (Wedding), Mühlrodt's Festsaal, Wäckerstr. 7
Freitag, den 14. Januar 1898
abends 8 1/2 Uhr spricht
Fräul. M. Kube, Naturheilkundige
über
Heirath und Ehe.
Wen darf ich heirathen? Welches sind die Grundbedingungen zu einer glücklichen Ehe?
Für Damen und Herren.

Unterstützungsverein der Kupferschmiede
Deutschlands.
Filiale Berlin.
Sonntag, den 15. Januar cr., abends 9 Uhr, Weinstr. 11:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
Wahl des Delegierten zur General-Versammlung in München. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. 99/1
Der Vorstand.

Cösliner Hof,
Cöslinerstr. 8 (Wedding).
Saal mit Plätze für 1000 Personen.
Am Februar sind nach Sonntage an Berlin zu vergeben. 61/17*

Winterpaletots Anglige, Remont- u. Ufren, sportlich Reanberstr. 6, Pfandleibe.
Zähne u. 2 Mart event. Theilzahlung.
Oiga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Lebende Hechte pro Pfund 60-70 Pf.
" Schleihe " 75 "
" Karpfen " 75 "
Prima frische Zander 40-50 "
" Schellfisch 20-25 "
" Cablian 25 "
Alle anderen Fischsorten in reichster Auswahl zu Ausnahmepreisen.
16. Dragonerstrasse 16.
Otto Gundermann, Fischgrosshandl.
- Täglicher Versand nach ausserhalb. -

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 16. Januar:
Ausschuss-Sitzung und Übungsstunde.
Siehe Näheres Annonce vom Sonntag, den 9. Januar. (16/2)
Der Vorstand.

Fachverein der Holz- u. Bretterträger.
Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ewald, Schönleinstr. 6:
Mitglieder = Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Bühnenbesuch erwartet.
Der Vorstand.
Die Mitgliederkarten zum nächsten Mal können in Empfang genommen werden. 84/1

Achtung! Schöneberg. Achtung!
Am Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Obst, Grunewaldstr. 110:
Oeffentl. Gewerkschaftsversammlung
sämtlicher Gewerkschaften Schönebergs.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees zu den am 20. ds. Mts. stattfindenden Gewerbegerichts-Wahlen. 202/3

Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Sonntag, den 15. Januar 1898:
Wiener Maskenball
veranstaltet von Mitgliedern der
Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler (Verwaltungsstelle Berlin C.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Billet à 50 Pf. sind auf allen Gaststellen der Kasse und bei Herrn Max Fritsch, Mittenwalderstr. 43 u. 1 zu haben. 182/1
Da der Ueberdruck für die Invaliden der Kasse bestimmt ist, er suchen wir um recht zahlreichem Besuch.
Das Komitee.

Zu Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 39.
am Donnerstag, den 13. Januar und in
Berlin N., Brauerei Königstadt,
Schönhauser Allee,
am Freitag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
spricht der Naturheilkundige **Grundmann** über:
Gehirn- und Nervenleiden
demonstrirt an großen Glas-Vorhängen.
Gäste, Frauen u. Männer willkommen. Eintritt 20 Pf.
Verein für Körper- u. Naturheilkunde.
Alexanderstr. 8. Sprich. v. 11-1, 6-8, Sonnt. v. 11-12.

Großer öffentlicher Vortrag
im Heilverein Kube
in Berlin N. (Wedding), Mühlrodt's Festsaal, Wäckerstr. 7
Freitag, den 14. Januar 1898
abends 8 1/2 Uhr spricht
Fräul. M. Kube, Naturheilkundige
über
Heirath und Ehe.
Wen darf ich heirathen? Welches sind die Grundbedingungen zu einer glücklichen Ehe?
Für Damen und Herren.

Unterstützungsverein der Kupferschmiede
Deutschlands.
Filiale Berlin.
Sonntag, den 15. Januar cr., abends 9 Uhr, Weinstr. 11:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
Wahl des Delegierten zur General-Versammlung in München. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. 99/1
Der Vorstand.

Cösliner Hof,
Cöslinerstr. 8 (Wedding).
Saal mit Plätze für 1000 Personen.
Am Februar sind nach Sonntage an Berlin zu vergeben. 61/17*

Winterpaletots Anglige, Remont- u. Ufren, sportlich Reanberstr. 6, Pfandleibe.
Zähne u. 2 Mart event. Theilzahlung.
Oiga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Lebende Hechte pro Pfund 60-70 Pf.
" Schleihe " 75 "
" Karpfen " 75 "
Prima frische Zander 40-50 "
" Schellfisch 20-25 "
" Cablian 25 "
Alle anderen Fischsorten in reichster Auswahl zu Ausnahmepreisen.
16. Dragonerstrasse 16.
Otto Gundermann, Fischgrosshandl.
- Täglicher Versand nach ausserhalb. -

Todes-Anzeige. 20776
Kollegen u. Bekannten die traurige Nachricht, dass unser Kollege **August Käbne** am 10. d. M. nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 2 Uhr, v. Kranzenkaufe Urban aus halt. Die Kollegen u. Kolleginnen der Wiener'schen Werkstätte.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.
Verwaltung Berlin H.
Todes-Anzeige.
Am 10. Januar verstorben nach kurzem Leiden das Mitglied unserer Kasse, der **Tischler August Käbne** im Alter von 46 Jahren. 184/1
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Urban aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt.
Um rege Theilnehmung erucht
Die Kreisverwaltung.

Krankennunterstützungs-Bund der Schneider.
Unser Mitglied
Emil Wellmann
ist am 8. Januar verstorben. — Die Beerdigung findet am 12. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gieseler-Kirchhofs (Prinzen-Weer) aus halt. 166/1
Die Kreisverwaltung.

Am Montag, den 10. Januar, fand nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater und Bruder, der Restaurateur **Gustav Tausendfreund**, Reichstr. 23, im 68. Lebensjahr.
Dies zeigt an mit der Bitte um stille Theilnahme
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Louise-Kirchhofes, Fährtenbrunnen Weg am Bahnhof Behni, halt.

Dankagung.
Allen Freunden meinen innigsten Dank für die Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau am 10. Januar. Heinrich Barkoy nebst Tochter und Schwester.

Ich warne lebendigen, meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. **H. Krämann.**
Soeben erhalten: 2663b
Fritz Klugschmus,
der Zeitungskritiker.
Solofolien u. Bel. 1,50 M. (Porto 5 Pf.)
A. Hoffmann's Verlag,
Berlin O., Blumenstr. 14.
Kataloge gratis und franko.

Arbeitsmarkt.
Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
In der Möbel-Fabrik von Karl Holz, Fruchtstr. 31, haben die Tischler wegen Ueberfüllung der Arbeit niedriger gelegte Löhne festhalten.
76/8 Die Kreisverwaltung.
1. Beisitzer, der auch farblich machen kann, verlangt Admiralstr. 7. 110/5
Anständig
junge Mädchen erlernen das Neu-plätten von Strogen und Manschetten, werden dann dauernd beschäftigt.
Berthold geb. d. r. Plätterinnen 12-15 M. pro Woche. 9/19
Müller & Sussmann,
Grüner Weg 119. 9/20*

Plätterinnen, geübt auf Servietten und Beutragen, finden feste Beschäftigung bei **Müller & Sussmann**, Grüner Weg 119. 9/20*

Damenfragen - Arbeiterinnen
verlangen Gebr. Ruben, Poststr. 6.
Buchhandlungs-Reisende
für ganz neue, populäre Werke gesucht, die massenhaft Absatz finden. Sehr hohe Provision, daher hoher Verdienst!
Angebote erbeten unter G. I an die Expedition d. Zig. 26776
Wir suchen tüchtige **Zahler** gefellen. **Otto Grund & Co.**, Weintraubenstr. 1 (Schloßberg).
Tüchtige **Farbmacher** verlangt Goldleichenstr. 10/10/10. 26776
Für **Wollengarn-Trockenrinde** wird ein gewandter Arbeiter bei dauernd. Beschäft. gef. **Mühlstr. 69.**
Rebegewandte Leute
finden lohnend. Verdienst, event. feste Anstellung. Vorstellung vorn. 8-11, Nanny, Oranienstr. 57, I am Postplatz.
Intelligente, fleißige, unbescholtene Personen, welche momentan ohne Beschäftigung sind, finden sofort guten Verdienst, geeigneten Falles feste Anstellung bei großem volkswirtschaftlichen Unternehmen. Entlohnung bis 150 M. monatlich u. darüber. 26626
Off. sub F. I an die Exped. d. Bl.

Tredler
verlangt Klaffenwaren, Fabrik Bräuerstr. 7. 2665b
Durchaus tüchtigen, selbständigen **Werkzeugmacher**
für dauernde Stellung sucht Ed. Puls, Zennelroter Weer 10. 2666b

Proben
und Preislisten
portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung
Berlin W.,
Leipzigerstr. 132/33.

Leinen- und Baumwollwaren

Hemdentuche, Renforcés, weisse Bezugstoffe, Inlets, Laken-Leinen, Bettdecke, Servietten, Kaffeedecken, Staubtücher und Wischtücher, Küchen- und Stubenhandtücher, Taschentücher, Stickereien.

Warenhaus A. Wertheim

Dr. Lechrich,
Spezialarzt f. Haut u. Genital-,
Blutgeschwüre und Lupus.
An der Stadtbahn 24,
(am Bahnhof Alexanderplatz.)
Sprechst. 9-12 und 3-6.
Freitag keine. 40812*
Poliklinik: Montag, 40812*
Donnerstag, 9-10/11

Maskengarderobe
von **Otto Runge**
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075
empfiehlt den Vereinen keine große
Wohnung in Kostüm in jed. Preislage.
Gr. Vanger von Karneval-Kaufhäusern.

Zeitabteilung monatl. 10 RM. und
gegen baar liefert
saubere Herren-Garderobe
Temporweil, Säulenstr. 37, I.

J. Adler Teppichhaus,
30 Spandauerstr. 30, vis-a-vis dem Rathaus.
Mit dem heutigen Tage beginnt der
Inventur-Ausverkauf
meiner grossen Lagerbestände in
Teppichen, Portièren, Gardinen, Divan-, Reise-, Tisch- und Steppdecken, sowie
Möbel- und Läuferstoffen
zu erstaunlich billigen Preisen!

Blonden 1 W. Sabuziehn frei. Sabuziehn
ärztliche Klinik, Rantaustr. 43, I., Gde.
Drankestr. Epr. 8-10 und 1-3 Uhr.

Grad u. Gefellshofhaus, für jede
Figur pfehn, werden vertiehn.
J. Baruch, Kommandantenstr. 72, I.
2411* Gde. Reuthstr.

Der Stolz der Hausfrau
ist eine blendend weisse Wäsche. Diese wird am
sichersten erzielt durch die Verwendung des echten **7/4***
Dr. Thompson's Seifenpulvers
zum Waschen und Bleichen, wobei die Stoffe mehr ge-
schont werden, als bei jeder anderen Waschmethode, auch
viel **Wäsche, Zeit und Geld** erspart wird.
Man achte auf die Schutzmarke **„Schwan“**.

Zu haben in den meisten Droguen-, Seifen- und
Colonialwarenhandlungen.

I. Ziehung d. 1. Klasse 198. Kgl. Preuss. Lotterie.
Sziehung am 11. Januar 1908, vormittags.
Aus der Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden
Nummern in Vereinfachung beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

128 93 (100) 346 428 94 640 647 986 1054 812 741
688 978 2802 86 463 66 624 764 (100) 868 94 905 3375
383 83 523 625 717 4258 94 559 754 871 934 5181 547
478 609 56 899 974 (100) 1178 323 (100) 405 606 883 921 67
7119 40 349 434 90 (150) 856 99 634 781 8173 89 212
69 495 705 60 820 (150) 99 927 9192 69 437 41 702 99
(100)

10117 48 205 28 913 46 52 11496 686 774 906 24
12020 35 64 178 309 55 62 542 757 96 886 13049 214
347 51 490 85 614 (150) 22 749 81 991 14194 337 67
72 448 49 83 808 95 923 15060 64 98 102 419 523 37
694 825 64 971 16478 542 697 802 986 17035 157 224
86 78 250 56 496 649 858 (100) 63 18266 77 336 676
892 926 19151 213 38 59 355 523 692 773 810
90103 203 (100) 20 318 44 626 702 13 923 (100)
40 31051 978 312 617 69 (100) 857 910 56 77 80 23059
138 224 318 83 92 775 808 41 78 923 23014 61 118 57
3021 423 57 672 729 24001 109 31 239 97 566 89 918
25111 597 789 93 98 808 17 832 26296 810 413 578
600 47 64 988 27611 17 779 96 806 912 74 28095 114
274 353 92 429 87 29268 78 309 35 77 411 502 883 916
30096 115 51 279 368 439 83 639 72 637 767 11297
434 545 810 88 32043 238 78 95 452 678 702 990
33122 229 65 318 416 60 99 597 674 734 817 60 904
34061 224 608 940 35171 285 97 477 616 67 71 823
60 30566 118 41 318 411 794 642 93 864 37710 17
801 31 77 904 38199 258 556 700 63 863 88 925 68 86
88107 18 35 99 667

40040 98 (100) 96 (100) 307 88 97 302 428 643 721
23 39 81 812 914 41089 180 466 631 948 65 89 42016
19 85 266 (100) 317 42 49 442 889 39 903 48096 160 61
292 434 308 718 996 44059 91 172 992 994 404 536 46
60 641 45051 322 31 78 98 630 (100) 45 784 522 68
46061 (100) 989 998 698 712 955 47148 76 289 307 64
35 221 746 846 48296 911 50 49222 82 423 507 30
(100) 737 848 94 98

54035 126 355 406 550 70 (100) 86 894 602 12
51002 38 277 86 507 61 614 59 89 52128 47 281 (100)
301 4 469 848 70 53078 84 193 208 88 314 93 546 740
(100) 804 907 54061 274 803 27 461 506 63 643 73
716 55110 56 278 450 537 606 96 863 904 24 69 54006
60 82 90 251 308 57037 47 135 389 476 85 (100) 581 90
(100) 602 90 56 750 831 70 980 22 86 58097 108 268
90 440 76 548 717 22 31 810 87 59120 (100) 286 (100)
90 348 486 (100) 534 729 41 70 74 825

60012 215 290 481 (150) 507 (100) 37 609 11 703 18
82 307 14 248 57 61025 87 316 49 70 491 515 35 59
660 (100) 77 62085 47 86 286 74 514 19 609 856 936
63136 248 600 42 744 804 86 975 86 64051 (100) 924
122 140 227 92 324 421 29 504 16 18 649 94 792 984
65048 150 194 202 64 314 32 35 484 609 800 66307 389
675 (100) 732 905 67057 109 64 384 622 57 557 826 85
69082 123 253 308 412 33 30 (100) 508 811 14 (100) 934
87 69065 204 457 823 902 63

70065 88 108 60 274 317 491 548 985 66 71046 150
468 690 328 72 23045 159 92 419 506 9 641 88 857 80
78 78033 258 876 518 629 73 753 74048 628 29 90
942 (100) 60 83 75060 88 261 77 (100) 418 92 647 88
(100) 719 800 76023 178 (100) 239 489 807 914 19 89
77099 (100) 111 97 322 560 (100) 96 715 49 966 78020
170 204 44 876 841 76 904 8 42 79518 51 64 476 676
709 98 960

80137 74 366 68 (100) 79 473 683 720 878 82 81085
(100) 324 474 518 (100) 903 82086 202 469 585 786 997
83511 62 678 846 84165 611 49 70 650 (100) 58 713
16 920 85105 41 88 296 436 80 516 623 79 756 88
912 58 86184 45 75 306 643 966 87172 238 434 642
296 901 78 88240 494 556 644 809 44 951 89095 395
95 429 49 539 88 885 907 37

90198 202 71 360 597 712 881 935 63 91080 89
165 301 416 534 627 (100) 794 819 57 927 92649 9
(100) 120 296 414 63 613 69641 153 317 24 469 576 99
756 94082 296 350 74 69641 153 317 24 469 576 99
95009 114 80 300 475 78 623 41 52 897 96147 966 (100)
342 (150) 97205 70 397 37 458 96 553 64 76 669 783
41 904 69067 177 417 35 861 81 715 20 867 918 99098
117 647 772 864

100063 380 525 666 816 43 101090 95 114 42 822
42 64 400 508 68 102110 214 325 88 529 838 994
103134 373 87 458 94 633 807 8 66 104505 759 890
756 94082 296 350 74 69641 153 317 24 469 576 99
95009 114 80 300 475 78 623 41 52 897 96147 966 (100)
342 (150) 97205 70 397 37 458 96 553 64 76 669 783
41 904 69067 177 417 35 861 81 715 20 867 918 99098
117 647 772 864

100063 380 525 666 816 43 101090 95 114 42 822
42 64 400 508 68 102110 214 325 88 529 838 994
103134 373 87 458 94 633 807 8 66 104505 759 890
756 94082 296 350 74 69641 153 317 24 469 576 99
95009 114 80 300 475 78 623 41 52 897 96147 966 (100)
342 (150) 97205 70 397 37 458 96 553 64 76 669 783
41 904 69067 177 417 35 861 81 715 20 867 918 99098
117 647 772 864

50 74 761 78 802 89 114049 54 (150) 149 72 431 42 589
43 59 (100) 690 959 115170 409 78 534 653 (100) 990
116188 77 78 90 211 87 627 814 117021 84 102 329 321
425 545 610 19 32 702 81 72 847 59 118061 221 358
449 118388 98 457 786 (100)

120183 253 367 471 82 515 791890 639 121078 119
68 99 400 26 31 63 558 128088 66 142 288 425 521 59
644 704 (100) 55 988 128011 65 178 448 525 124103
379 125056 102 835 613 707 86 863 69 991 126155
(100) 827 422 72 127080 420 29 509 79 605 845 979
128027 46 97 250 54 402 17 618 30 34 40 129183 94
313 44 81 423 526 624 760 64 900 58 96

130014 162 74 89 201 8 516 674 91 (100) 817 914 83
131030 806 82 97 751 872 88 132321 (100) 567 661 924
133155 (100) 338 76 467 329 614 763 819 22 (100) 917
23 89 134013 82 219 411 29 559 69 (100) 786 810 31
49 80 135003 46 66 107 17 226 (100) 457 501 4 807
136067 124 52 311 437 78 571 711 76 588 69 940 71
137085 100 58 242 800 28 503 771 874 135233 74 323
33 37 92 453 63 90 674 869 917 96 138068 88 191 321
61 709 857 908 76 96

140042 301 (100) 95 452 742 67 937 141008 97 183
(100) 245 313 473 549 53 118 142047 128 95 288 529
34 96 47 643 883 998 96 148064 274 908 144061 65
118 63 77 83 444 502 621 81 848 78 97 910 (100) 50
145019 60 290 24 305 35 54 423 49 521 (100) 22 768
928 88 140005 231 41 498 554 90 866 67 147014 84
313 62 315 22 611 (100) 51 97 149015 35 101 5 453 685
89 814 56 934 45 149010 88 311 22 692 638 906

150021 (100) 70 178 211 400 39 76 571 602 5 707
151048 116 82 84 88 404 501 678 796 152150 56 202
360 702 835 46 51 955 153179 887 154294 (100) 79
374 501 66 607 710 93 849 52 911 88 155197 259 437
600 14 727 92 991 156285 361 497 726 88 936 157013
182 269 319 55 484 94 552 89 611 77 895 158096 99
211 60 418 23 566 628 99 710 (100) 159189 362 (100)
91 594 744 890 95 958

160091 115 418 678 938 77 161180 213 54 65 95
390 639 790 958 162108 41 71 315 95 454 645 946
168183 223 40 465 671 694 98 827 76 164062 (100) 607
33 611 32 717 887 165010 48 115 16 651 67 784 823
936 166178 218 474 538 687 167080 101 29 289 939
478 624 30 881 (150) 168019 109 267 69 74 584 684 928
169030 983 627 66

170143 345 404 98 612 27 60 85 809 83 171089
417 28 699 56 172257 486 545 49 (100) 688 752 (100)
68 845 (100) 52 989 173325 485 91 616 749 59 912 46
174050 146 510 350 462 534 45 98 (100) 788 78 (100)
860 61 175096 183 95 211 322 544 641 788 815 55
176022 61 956 138 222 58 (100) 81 556 669 729 197070
196 272 400 46 561 83 780 88 847 (100) 50 178047 632
76 704 42 1719106 320 55 494 772 897 44

180140 61 68 613 30 828 67 965 72 181016 106
319 649 627 617 56 764 (150) 182071 407 587 609 749 87
812 189000 (100) 317 435 523 627 817 958 184211 81
489 500 855 903 60 185136 316 633 822 41 82323 91
63 611 32 717 887 165010 48 115 16 651 67 784 823
936 166178 218 474 538 687 167080 101 29 289 939
478 624 30 881 (150) 168019 109 267 69 74 584 684 928
169030 983 627 66

190242 109 109 363 446 65 620 912 95 201074 150
98 (100) 292 98 819 68 80 591 704 24 26 71 97 834 901
85 202148 202 7 53 418 50 64 599 659 779 806 (100)
900 14 203028 192 403 7 84 64 576 92 625 45 73 750
951 961 64 204055 118 289 324 95 99 429 37 765 828
56 942 205029 57 (100) 173 92 357 85 63 597 868
15 89 70 (150) 954 86 206155 280 (100) 451 591 632 807
69 537 71 677 790 207216 310 (100) 451 591 632 807
933 208195 274 315 431 646 62 68 756 823 997 (100)
209088 289 422 541 742 45 800 10 46

210125 40 204 429 59 561 607 41 91 97 101 801
15 17 19 49 211345 807 426 556 636 972 212061 145
216 309 28 404 519 82 821 862 95 (100) 212990 450
(100) 595 681 214158 220 407 511 59 628 776 22 820
215011 71 115 48 308 53 410 588 80 97 654 764 971
216171 80 64 81 434 692 937 45 217218 344 538
87 731 35 67 (100) 840 983 218044 232 601 32 721 (100)
856 219209 91 513 59 606 85 759 62 892 986

220027 79 128 87 98 211 408 17 529 678 (100) 826
223064 103 412 44 47 82 96 888 224153 425 31 99 502
4 23 611 91 223046 76 234 304 (100) 90 39 438 531
853 77 224019 91 134 253 307 602 335 968 (100)
225194 263 599

Im Gewinnrade verbleiben: 1 Gewinn zu 15000 RM.,
1 zu 10000 RM., 1 zu 5000 RM., 2 zu 3000 RM., 3 zu 1500 RM.,
9 zu 500 RM.

I. Ziehung d. 1. Klasse 198. Kgl. Preuss. Lotterie.
Sziehung am 11. Januar 1908, nachmittags.
Aus der Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden
Nummern in Vereinfachung beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

89 67 258 60 499 558 802 980 1019 87 115 83 71
204 311 18 29 460 679 710 27 50 804 46 920 2178 400
31 927 89 758 802 3 903 85 3014 70 130 229 322 39
488 566 982 71 94 4236 88 888 423 810 952 5002 (100)
102 95 96 296 85 918 53 6021 145 251 829 64 7059
129 43 79 457 66 531 600 709 15 58 913 8188 338 (150)
64 448 (100) 73 524 42 601 730 99 874 9176 346 93
463 866

10003 109 60 290 353 722 11009 148 276 321 92
(100) 543 88 621 856 126029 215 442 56 698 700 99 928
13170 277 (100) 75 328 97 415 517 725 14072 494 775
690 16053 109 42 965 813 421 627 906 16166 351 91
92 801 70 429 501 710 63 68 71 (150) 86 (100) 811 908
17065 193 572 75 601 958 18181 293 56 377 407 11
540 41 630 35 614 23 88 (100) 937 10023 178 98 226
491 788 957

20009 78 91 92 427 63 71 885 972 21415 590 755
85 896 900 6 22109 233 455 668 (100) 798 22008 25
226 594 54 80 601 17 (100) 36 93 96 729 24118 88 481
602 754 826 44 926 88 25147 329 45 811 58 913 (100)
47 20197 267 515 710 853 88 998 27147 490 627 759
(100) 946 28059 269 460 590 775 810 919 29 39 62
20398 472 (100) 629 718 801 4 5 60 912 18 74

34041 44 523 789 31046 50 (150) 134 35 53 211
420 608 63 64 755 96 916 39051 (100) 24 (100) 242 70
328 31 500 89 95 634 33054 100 30 842 75 595 654
34127 94 567 602 3 6 781 931 96 35161 401 323 834
86 902 51 89057 110 33 310 685 762 (100) 67 834 37
37083 227 (100) 62 901 491 568 655 705 39074 244 93
333 386 90 33186 74 372 708 42 62 88 893 355
40674 674 41099 128 93 299 590 67 87 (150) 847
903 (100) 428190 76 244 420 41 51 531 32 43 65 619 62
738 826 95 43011 126 (100) 78 98 338 407 544 824 78
44081 156 228 341 509 71 715 66 819 57 995 45393
458 712 67 74 94 984 46003 18 83 105 418 47 591 803
79 (150) 84 915 47070 110 63 284 378 86 425 45 52 90
101 665 227 86 861 48111 24 251 585 728 880 90 (100)
922 49088 661 961 984

50129 298 411 505 615 737 78 181 98 695 66 707
51151 270 338 63 732 52145 93 308 (150) 33 73 358
605 (100) 20 79 663 707 53708 (100) 27 33 834 54027
69 351 408 29 48 74 (100) 539 95 (100) 604 23 836 55247
(100) 554 666 (150) 758 594 914 (100) 56076 80 113 56
60 380 (100) 416 60 559 72 688 704 862 925 57023 97
155 68 395 (100) 434 573 621 92 540 22 97 96 58005 39
45 96 189 654 760 65 885 902 3 59204 361 611 717 98
822 977

60195 236 59 319 62 527 614 34 44 60 787 828 (100)
61 61002 158 (100) 72 200 622 40 78 742 842 905
62140 60 369 405 544 665 90 834 71 72 908 63147 218
46